

Reale Bildung ist unverzichtbar Hauptversammlung 2012

Beilage:
**Schuljahres-
planer
2012/2013**

Gutachten zum Lehrkräftebedarf
Inklusion
Herausforderung Lehrergesundheit
Neuwahlen in Neustadt und Trier

Liebe Leserinnen und Leser,



© Lorch Fotostudio

Sie haben sicherlich bereits vor dem Aufschlagen der aktuellen Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ bemerkt, dass sich das Erscheinungsbild geändert hat. Wir haben neue Ideen sowie Partner im Layout, im Druck und im Versand.

„Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ steht weiterhin für hohe Qualität im Erscheinungsbild und für inhaltliche Substanz.

Wir erproben neue Wege. Das Editorial zum Beispiel wird zukünftig sozusagen den „Weg ins Magazin“ weisen und wichtige Inhalte vorstellen. Auf „KlarText“ verzichten wir dennoch nicht, davon wird Sie die neue Kolumne am Ende dieser Ausgabe überzeugen.

Schwerpunktthema dieses Heftes ist unsere Hauptversammlung mit den personellen und inhaltlichen Weichenstellungen für die nächsten Jahre.

Das Thema Inklusion ist schwierig und eignet sich nicht für Zuspitzungen. Damit hat die Ministerin Recht. Allerdings: „Inklusion ist nicht zum Nulltarif erhältlich“. Wie sich das aus unserer Sicht darstellt, können Sie in dieser Ausgabe nachlesen.

Wir werden weiterhin mit namhaften Experten und Persönlichkeiten Gespräche rund um Schule führen. Erfahren Sie im zweiten Teil des Interviews mit dem Diplompsychologen Helmut Heyse,

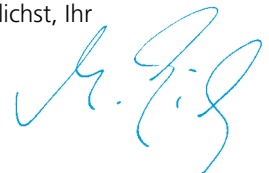
warum er das Projekt Lehrer-gesundheit „für eine Pionierleistung hält“.

Und natürlich berichten wir auch in diesem Heft über die Aktivitäten in den Bezirken. Dass sich auch dort einiges tut, das zeigen u. a. die Berichte über die Neuwahlen in den Bezirken Neustadt und Trier.

Sie werden feststellen, dass es noch einiges mehr in dieser neuen Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ zu entdecken gibt!

Liebe Leserinnen, liebe Leser, ich wünsche Ihnen erholsame Tage während der unterrichtsfreien Zeit in den Sommerferien! Vielleicht finden Sie ein wenig Zeit, uns zu schreiben, wie Ihnen die neue Aufmachung gefällt und welche Anregungen Sie für die nächste Ausgabe haben.

Herzlichst, Ihr



Impressum

Herausgeber

VDR Verband Deutscher
Realschullehrer
Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolscheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
karst.bernd@vdr-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
landeskassierer@vdr-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71/12 92 74
eich.michael@vdr-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Auflage

5.000 Stück

Druck

flyeralarm GmbH Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Was bringt das neue Schuljahr?

Die Hoffnungen auf eine spürbare Verbesserung der Unterrichtssituation im nächsten Schuljahr erhielten mit der Vorstellung der Klemm-Studie „Zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz“ vorerst einen Dämpfer. Die Landesregierung beabsichtigt, nahezu die Hälfte der „demografischen Rendite“ zur Konsolidierung des Haushaltes zu verwenden. Den Finanzierungsmöglichkeiten für verbesserte Rahmenbedingungen sowie dem Gestaltungswillen der Lehrkräfte an den Realschulen plus und an den Gesamtschulen werden dadurch engere Grenzen gesetzt.

Junge Lehrkräfte stehen zur Verfügung

Insbesondere der hohe temporäre Unterrichtsausfall, der mancherorts aktuell weit über 10 Prozent liegt, bereitet große Sorge. Unveränderbar ist diese Situation nicht.

Junge engagierte Lehrkräfte stehen mittlerweile reichlich zur Verfügung. Sie wollen ihren erlernten Beruf ausüben und können durch ihren Einsatz dazu beitragen, dass der vorgesehene Unterricht planmäßig stattfindet und die mit zunehmender Heterogenität erforderliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zum stabilen Angebot der Schule gehört.

Wenn die zwischenzeitlich angekündigten neuen Einspareffekte umgesetzt werden sollten, werden sich die Einstellungschancen der

jungen Lehrkräfte weiter verschlechtern. Zu diesen bedarfsmindernden Faktoren gehören zum Beispiel die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie die Einführung des eigenverantwortlichen Unterrichts für Referendare vom ersten Tag an. Weder unter arbeitsmarktpolitischen noch unter pädagogischen Gesichtspunkten sind solche rigiden Maßnahmen nachvollziehbar.

Lehrkräfte fordern eine zukunftsorientierte Schulentwicklung

Die Anträge der Hauptversammlung beinhalten ein Forderungspaket, das aufzeigt, was der VDR unter zukunftsorientierter Schul- und Unterrichtsentwicklung versteht. Absenkung der Klassenmesszahlen ab Klassenstufe 7, Ausstattung der Schwerpunktschulen mit ausgebildeten Förderschullehrkräften, Erhöhung der Anrechnungstunden für besondere unterrichtliche Belastungen, Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, Einsatz von Schulsozialarbeitern in ausreichender Anzahl, Maßnahmen zur Sicherung einer vernünftigen Unterrichts Atmosphäre, Unterstützung der Lehrkräfte – all diese Bedarfe lassen sich aus der demografischen Rendite erwirtschaften. Und nicht zuletzt verhehlen wir auch nicht den berechtigten Anspruch der Lehrkräfte auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Auf das neue Schuljahr würden wir gerne mit größerem



Optimismus blicken. Das abgelaufene Jahr hat viele Probleme und Defizite offenbart. Aus diesen Erkenntnissen lassen sich konstruktive Verbesserungen ableiten, die wir nachdrücklich einfordern.

Die Hauptversammlung hat die Mitglieder des Landesvorstandes mit überwältigender Mehrheit gewählt bzw. im Amt bestätigt. Für dieses große Vertrauen möchte ich Ihnen im Namen des neu gewählten Vorstandes danken.

*Ich
Bernd Kamm*

Inhalt der Ausgabe 2/2012

Titelthema

Die Hauptversammlung 2012	4
--	---

Bildungspolitik

Bildungsnotstand?	16
Bundeszentralabitur?	16
Hans Beckmann neuer Bildungsstaatssekretär	17
Paul Pardall gab der AQS ein freundliches Gesicht	17
Inklusion ist nicht zum Nulltarif erhältlich	18
VDR-Kommentar: Inklusion	18
Reduzierung der Schulsozialarbeit nicht hinnehmbar	19
Leserbrief: Schulsozialarbeit	19
Gutachten: Einsparung von 1.850 Lehrerstellen	20

VDR-Verbandsarbeit

Heesen: Berufsbeamtentum garantiert funktionierenden Staat	21
--	----



Seite 22

Erziehungsoffensive:

VDR fordert gemeinsamen Kampf gegen Disziplinlosigkeit	22
--	----

Im Gespräch: VDR und Philologenverband	21
Aus der Presse: Meinungen zur VDR-Erziehungsinitiative	23
Hans Thielen – Abschied aus dem dbb rheinland-pfalz	24
Richtigstellung	24
VDR-Kommentar: Verklickt	24

Schule in RLP

Ahnen: Anmeldezahlen bestätigen Attraktivität der Fachoberschule	25
VDR-Pressemitteilung: Fachoberschulen an Realschulen plus begehrt	25
VDR-Mitgliederservice: VDR-Handbuch	25

Schule und Recht

Neufassung der Schullaufbahnverordnung liegt vor	26
Schulartübergreifende Orientierungsstufe	26

Beruf Lehrer

Beamte müssen 1:1 gleich behandelt werden	27
Im Gespräch mit Helmut Heyse: Herausforderung Lehrergesundheit	27

Lehrerbildung

Anspannung angesichts ungewisser Zukunftsaussichten ...	29
VDR-Kommentar: Hoffnung, dass sich bald etwas verändern wird?	29

Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik

Europapreis für Realschule Kirn	30
It's cooperation, stupid!	31

VDR-Bezirke

Neustadt: Personalräte-Fortbildung zu Personalplanung, Versetzung, Tarif- und Beamtenrecht	32
Bezirksversammlung: Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung gefordert	32

Koblenz: Novellierung des Landesbeamtengesetzes, Änderungen im TV-L, Arbeits- und Gesundheitsschutz als Aufgabe des ÖPR	33
--	----

Trier: Gliederungspläne und ÖPR-Arbeit im Jahreslauf ...	34
Bezirksversammlung: Die Herausforderungen sind nach wie vor groß	34

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

VDR-Beitrittserklärung	35
------------------------------	----



Seite 36

Christiane Lehmann zum Abschied:

„15 Jahre klare Kante“ ...	36
----------------------------	----

Foto: wü

Leserbriefe: An die Chefredakteurin Christiane Lehmann ...	37
Günter Jung: Abschied aus dem erweiterten Bezirksvorstand Koblenz	37
Geburtstagswünsche	38

KlarText!

Die neue Kolumne	39
------------------------	----

Impressionen

Bilder zur Hauptversammlung 2012	40
--	----



Hauptversammlung 2012

Am 26. April 2012 fand in der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim die 24. VDR-Hauptversammlung unter dem Motto „Reale Bildung ist unverzichtbar“ statt.

Die Hauptversammlung stand unter dem Eindruck der Schulstrukturreform, die „äußerlich“ weitgehend abgeschlossen ist: Die Mehrheit der Realschulen und Hauptschulen fusionierten oder wurden eigenständig zu Realschulen plus oder Integrierten Gesamtschulen.

Die inhaltliche Ausgestaltung vor Ort fordert die Schulen und Kollegien allerdings nach wie vor, und es zeigt sich, dass viele Probleme nicht nur der schwierigen Übergangsphase geschuldet sind, sondern sich als grundlegend erweisen. In einer programmatischen Rede im öffentlichen Teil der Hauptver-

sammlung legte der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst unter anderem Bildungsministerin Doris Ahnen und den Vertretern der Landtagsfraktionen dar, welche substantiellen Verbesserungen der Rahmenbedingungen erforderlich sind, damit „Reale Bildung“ erfolgreich gelingen kann. Karsts Ansprache steht daher im Zentrum der nachfolgenden Dokumentation der 24. Hauptversammlung. Von ihr ausgehend werden immer wieder Schlaglichter auf Begebenheiten und Ergebnisse der Hauptversammlung bzw. der Festveranstaltung geworfen. Was wir in diesem Heft aus Platzgründen nicht ausführlich dokumentieren können, finden Sie auf unserer Homepage.



Foto: wü

Sehr geehrte Abgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtags, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Ehrengäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.



Foto: Claus Brier

Herzlich willkommen auf der VDR-Hauptversammlung in Ingelheim. Es ist eine große Freude, so viele vertraute Persönlichkeiten aus dem bildungspolitischen Bereich und aus der Schulaufsicht hier versammelt zu sehen und darüber hinaus natürlich langjährige Weggefährten im Verband Deutscher Realschullehrer.

Es freut uns alle, dass Sie heute zur 24. VDR-Hauptversammlung nach Ingelheim gekommen sind und damit Ihre Verbundenheit mit dem Verband Deutscher Realschullehrer bekunden.

Reale Bildung ist unverzichtbar

Das Motto der Hauptversammlung „Reale Bildung ist unverzichtbar“ steht über den Tag hinaus. Reale Bildung prägt die lange Geschichte unseres Verbandes. Wahlpflichtfächer, Berufsorientierung, Informatische Bildung und Ökonomische Bildung gehören zum Kernauftrag der Realschule. Reale Bildung ist unverzichtbar, weil unsere Schülerinnen und Schüler ohne Reale Bildung nur eingeschränkte berufliche Perspektiven besitzen. Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt ist auf das schulische Angebot Realer Bildung angewiesen. Vor diesem Hintergrund gilt es, der Realen Bildung künftig einen noch höheren Stellenwert einzuräumen. Zur Vermittlung der Realen Bildung gehören eine breit ausgerichtete Differenzierung, eine konsequente Werteorientierung und ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken. Die Realschule in Rheinland-Pfalz stand in ihrer Geschichte vor ihrer bislang größten Herausforderung. Die noch mit absoluter Mehrheit regierende Landesregierung hatte im Herbst 2007 ein Strukturkonzept vorgelegt, das die flächendeckende Einführung der „Realschule plus“ vorsah. Nach der Verabschiedung des Schulgesetzes ist der 2009 begonnene Umwandlungsprozess zur Realschule plus nahezu abgeschlossen. Wichtig war uns im Zuge des Umwandlungsprozesses, dass die Landesregierung neben dem integrativen Angebot auch das kooperative Angebot der Realschule plus sicherstellte.

(Fortsetzung Seite 7)

Auszüge aus den Grußworten der Parteien



„In der Tat ist die Realschule plus eine Schulart, die dem realen Leben, dem realen Alltag der arbeitenden Menschen sehr nahe steht. Sie vermitteln Ihren Schülerinnen und Schülern nicht bloßes theoretisches Fachwissen, sondern stellen den Bezug her zum real existierenden Arbeitsleben. Der Praxistag, die Berufsorientierung im Allgemeinen sowie die Möglichkeit, spezielles Wissen durch den Wahlpflichtbereich zu erlernen, machen die Realschule plus zur passgenauen, dem dualen Ausbildungssystem vorgeschalteten Schulart.“

Hendrik Hering (Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion)



„Die beiden Regierungsfractionen haben sich im Koalitionsvertrag für die Förderung der pädagogischen Arbeit in allen Schulformen ausgesprochen und wir möchten daher unterstreichen, dass die Realschulen bzw. Realschulen plus – als neue Schulform der vorangegangenen Schulstrukturreform – einen wichtigen Beitrag leisten, um Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz gute Bildungschancen zu ermöglichen.“

Daniel Köbler (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen)



„Der Erhalt Realer Bildung, die eine wertgebundene Allgemeinbildung in Verbindung mit praxisorientiertem Wissen vermittelt, bleibt eine besondere Herausforderung, der Sie sich immer wieder stellen. Ihre pädagogischen und strukturellen Impulse sind wichtige Diskussionsbeiträge für die Zukunft unserer Bildungslandschaft und auch ein wichtiger Beitrag zum Erhalt unserer Praxiselite im Land.“

Julia Klöckner (Fraktions- und Parteivorsitzende der CDU)



„Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen übernehmen die Schulen zunehmend erzieherische Aufgaben. Schulsozialarbeit ist ein Zukunftsthema. Damit die Lehrkräfte sich auf ihren Bildungsauftrag konzentrieren können, brauchen sie solche Unterstützung. Schulsozialarbeit kann nicht von den Lehrerinnen und Lehrern zum Nulltarif mit geleistet werden, ohne dass dieses auf Kosten der Bildung und damit zu Lasten der Zukunft unseres Landes geht.“

Dr. Volker Wissing (FDP-Landesvorsitzender)



Fortsetzung von Seite 5

Die Realschule muss attraktiv sein

Der nachhaltige Erfolg der Strukturreform wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, die „Realschule plus“ zu einer für Schüler, Eltern und Wirtschaft attraktiven Alternative zum Gymnasium zu entwickeln. Wir haben den Umwandlungsprozess sehr kritisch und offensiv begleitet.

Als Zwischenbilanz stellen wir fest: Die flächendeckende „Realschule plus“ mag aus Sicht der Landesregierung mancherorts Probleme gelöst haben, aus unserer Sicht hingegen hat sie vielerorts neue Probleme verursacht. Mit der Beschleunigung des strukturellen Umwandlungsprozesses wurde unterschätzt, dass sich auch der „Arbeitsplatz Schule“ für alle Betroffenen essentiell verändern würde. Das Zusammenwachsen von zuvor selbstständig arbeitenden Kollegien lässt sich nicht administrativ verordnen. Bei diesem Prozess sind systemisch gewachsene Traditionen und unterschiedliche Ausgangslagen zu berücksichtigen. Schulen, die fusionierten, versuchten, ihre bislang erfolgreichen Profile in die neue Realschule plus einzubetten. Das braucht immer noch Zeit, Geduld und letztlich Toleranz auf allen Ebenen. Reformen sind schließlich Prozesse mit unterschiedlicher Dauer und Wirkung. Da gibt es Schnittmengen und Reibungspunkte innerhalb und zwischen den Systemen sowie unterschiedliche Vorstellungen von „Ordnung und Umbruch“.

Es darf darüber hinaus nicht allzu schnell übersehen oder gar vergessen werden, dass die Realschule plus aus unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen startete. Sie entstand aus zuvor selbstständigen Hauptschulen, Realschulen, Regionalschulen oder Dualen Oberschulen. Fusionen bildeten sich beispielsweise aus zwei oder mehreren Hauptschulen bzw. aus einer Hauptschule und einer Realschule. Einige Schulen wechselten selbstständig bleibend in die neue Schulart, also ohne Zusammenschluss mit einem schulischen Partner. Schließlich wurde intern oder extern, einvernehmlich oder strittig, festgelegt, welche Organisationsform – kooperativ oder integrativ – die Schule annehmen sollte.

Die unterschiedliche Entstehungsgeschichte macht deutlich, dass es die Realschule plus nicht gibt. Die „Kopf-Bezeichnung“ ist gleich, das innere „Gebilde Realschule plus“ dagegen ist sehr vielfältig. Aber allen Realschulen plus gemeinsam ist die Tatsache, dass die Spannweite der Heterogenität eine gewaltige Dimension erreicht hat, die sich nunmehr aus den beiden Vorgängerschulen addiert. Die Realschule plus, die jetzt alle potentiellen Hauptschüler und Realschüler – und an vielen Standorten Förderschüler mit unterschiedlichen Förderbedarfen – vereint, kann nicht allen Schülerinnen und Schülern durch Binnendifferenzierung gerecht werden. Wer ernsthaft behauptet, dass dies gelingt, hat noch nie oder schon lange nicht mehr vor einer Klasse gestanden, mit Sicherheit aber nicht in einer Realschule plus.



Begrüßung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Wünschel

Foto: Karin Berneburg

Im Rahmen seiner Begrüßungsrede dankt Wolfgang Wünschel den einzelnen Tagungsgästen für ihre Unterstützung bei der Arbeit des VDR. Im Einzelnen sind dies die Landtagsabgeordneten, die Bildungsministerin sowie die Vertreter der Schulbehörden, der AQS, der Fortbildungsinstitute, der Lehrerverbände, des Beamtenbundes, des VDR-Bundesverbandes, des Landeselternbeirats, der Handwerkskammer, der Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft und der FH Bingen.



MdL Bettina Brück (Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion) und MdL Bettina Dicks (Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion)

Foto: Claus Brier



Landrat Claus Schick

Foto: Karin Berneburg

Als Vertreter des Schulträgers des Landkreises Mainz-Bingen betont Landrat Claus Schick in seinem Grußwort die Wichtigkeit der äußeren Rahmenbedingung für die Realschule plus.



Dr. Florian Pfeil

Foto: Karin Berneburg

Dr. Florian Pfeil, Direktor des Weiterbildungszentrums in Ingelheim und Leiter der Fridtjof-Nansen-Akademie, unterstreicht in seinem Grußwort die Bedeutung der Zusammenarbeit der Fridtjof-Nansen-Akademie mit dem VDR.

Wahl des Landesvorstandes 2012 - 2016

Am 26. April 2012 hat die Hauptversammlung in der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim die Mitglieder des Landesvorstandes mit überragender Mehrheit für die Wahlperiode 2012 bis 2016 gewählt bzw. im Amt bestätigt.

Die geheimen Abstimmungen per Stimmzettel ergeben für den Landesvorsitzenden Bernd Karst eine überwältigende Zustimmung mit 97,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die stellvertretenden Landessvorsitzenden Wilfried Rausch (98,2 %), Erwin Schneider (96,3 %) und Wolfgang Wünschel (96,3 %) dürfen sich in Ihrer bisherigen Arbeit ebenfalls bestätigt sehen.

In offenen Abstimmungen werden der neue Landschatzmeister Wolfgang Seebach (98,2 %), Landschriftführer Timo Lichtenthäler (100 %) und der neue Chefredakteur Michael Eich (100 %) ebenfalls überzeugend gewählt.

Die beiden Kassenprüfer Ingrid Pazen und Karlheinz Sundheimer werden ohne Gegenstimme gewählt.

Das Ergebnis der Wahl ist ein großer Vertrauensbeweis und eine Bestätigung der Arbeit des scheidenden Landesvorstandes. Es verdeutlicht zugleich die große Geschlossenheit, mit der die Mitglieder der Hauptversammlung den neuen Landesvorstand unterstützen.



Foto: Karin Berneburg

Auch an der Realschule plus muss das Leistungsprinzip weiterhin einen hohen Stellenwert besitzen. Leistung heißt nach unserem Verständnis: Förderung der schwachen und, mit keinem geringeren Einsatz, Förderung der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler. Die Realschule plus muss die Durchlässigkeit gewährleisten. Durchlässigkeit an verschiedenen Gelenkstellen sowie Abschlüsse, die auf tatsächlich erbrachten Leistungen basieren, sind Kriterien, an denen der Erfolg der Realschule plus gemessen wird. Wenn unsere Schülerinnen und Schüler künftig nicht mehr den erfolgreichen Anschluss in die Sekundarstufe II finden, dann wird die Realschule plus als eine Sackgasse empfunden, die, weil es hier nicht weitergeht, zwangsläufig umfahren wird.

Kernaufgaben der Schule

Seit 2009 veranstaltet der VDR in der Fridtjof-Nansen-Akademie den Fachkongress „Reale Bildung“. Kongressthema im Jahr 2011 war die Frage „Schule – was ist das?“ Das scheinbar einfach formulierte Thema löste zahlreiche Diskussionen aus.

Viele Lehrkräfte brachten ihre Befürchtungen zum Ausdruck, dass sich die Schule vor dem Hintergrund einer unrealistischen Erwartungsvielfalt zwangsläufig von ihrer originären Kernaufgabe entferne. Ein Absinken der Leistungsfähigkeit der Schule, ein „Niveaulimbo“ also, um das „Jugendwort des Jahres“ 2010 aufzugreifen, wäre die Folge. Der VDR bekennt sich zum Leistungsprinzip.

Konkrete Forderungen

Die Schulstrukturreform befindet sich immer noch in einer Einführungsphase. Denn mit der rechtlichen Umwandlung ist die pädagogische und organisatorische Entwicklung noch längst nicht abgehakt. Im Gegenteil: Wir beobachten, dass jetzt die eigentliche Arbeit, nämlich die innere Strukturreform, erst richtig anfängt. Für die Schulen bedeutet dies eine enorme Kraftanstrengung, die ohne angemessene Entlastung von anderen Aufgaben nicht geleistet werden kann. Unsere Hauptversammlung hat sehr konkrete Forderungen in den Anträgen formuliert und begründet. Vier Beispiele möchte ich an dieser Stelle nennen:

1. Die Klassenmessenzenzahlen, die in der Orientierungsstufe an der Realschule plus auf 25 Schüler reduziert wurden, sind ein positiver Ansatz. Die Klassenmessenzenzahlen dürfen daher nicht ab Klassenstufe 7 wieder auf 30 Schüler erhöht werden. Die kleinen Hauptschulen waren solche Größen schon lange nicht mehr gewohnt. Die veränderten Klassenmessenzenzahlen in der Orientierungsstufe müssen in den Klassen 7 bis 10 fortgeschrieben werden. Konkret fordern wir: In allen Klassenstufen darf künftig keine Klasse die Höchstzahl von 25 Schülern überschreiten. Für Klassen im Berufsbildungsgang der Realschule plus darf die Obergrenze nicht über 20 Schülern liegen.

2. Die Realschule plus benötigt infolge der zunehmenden Heterogenität ihrer Schülerschaft eine personell

und sächlich verbesserte Ausstattung zur individuellen Förderung der Schüler. Konkret fordern wir: Bessere Arbeitsbedingungen und Entlastungen für Lehrkräfte sowie eine ausreichende Personalzuweisung für wirksame Maßnahmen äußerer Differenzierung.

3. Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte erwarten ein flächendeckendes Netz an Fachoberschulen an den Realschulen plus. Konkret fordern wir: Zügige Genehmigung der vorliegenden Anträge für den Schulbeginn im Sommer 2013, zumal die Anmeldezahlen an den zwölf bestehenden und sieben im Sommer 2012 startenden Fachoberschulen überzeugten. Es gibt noch zahlreiche „weiße Flecken“ ohne Fachoberschulen, u. a. im ehemaligen Regierungsbezirk Trier und in den großen Städten.

4. Die „Inklusion“ ist zum Reizthema geworden. Eine erfolgversprechende Inklusion setzt Professionalität sowie massive personelle und sächliche Absicherung voraus. Davon sind die meisten allgemeinbildenden Schulen im Vergleich zu den Förderschulen weit entfernt. Konkret fordern wir: Um der Vielfalt der Kinder und der Unterrichtsansforderungen gerecht zu werden, bedarf es neben den räumlichen Voraussetzungen eines umfangreichen Unterstützungssystems an den Schulen. Zusätzlich zur regulären Lehrkraft sind Förderschullehrer, Sozialpädagogen und pädagogisches Personal erforderlich. Ferner ist zu bedenken, dass es bei allem Verständnis für den Wunsch nach einer gemeinsamen Erziehung und nach gemeinsamem Unterricht in letzter Konsequenz immer Kinder geben wird, deren Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen und erhöhter Förderbedarf keine Alternative zur Betreuung in einer speziell auf sie ausgerichteten Einrichtung zulässt. Eine Abschaffung von Förderschulen ist daher weder wünschenswert noch möglich.

Zusammenfassend richten wir mit unseren Forderungen ein deutliches Signal an die Landesregierung, die politischen Parteien und die Schulträger. Nach wie vor gilt: „Ein kräftiges Plus muss her!“

Reale Einkommensverluste verfassungsrechtlich strittig

Vor dem Hintergrund der zunehmenden qualitativen und quantitativen Aufgaben in der Realschule plus sei auch die Frage nach der „gerechten“ Besoldung im Schuldienst erlaubt. Die Landesregierung konzidiert den Beamtinnen und Beamten, „dass ihr Gehalt in den nächsten fünf Jahren um jeweils ein Prozent erhöht wird“ (Koalitionsvertrag 2011-2016, S. 67). Eine derartige Festbeschreibung bedeutet schlichtweg eine Abkoppelung der Lehrkräfte von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die hohen realen Einkommensverluste sind nicht hinnehmbar und verfassungsrechtlich strittig. Hier fehlt jeglicher Realitätsbezug, nicht zuletzt deshalb, weil Wirtschaftsdaten selbst mittelfristig nicht verlässlich prognostiziert werden können.



Foto: wü

Die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz betont in ihrem Grußwort, dass eine angemessene Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte sowie der übrigen Beamten und Beschäftigten eines der wichtigsten Ziele für den dbb als Bildungsgewerkschaft ist.


dbb-Landesvorsitzende
Lilli Lenz

Foto: Karin Berneburg



VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm

Foto: Karin Berneburg

Der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm hebt in seinem Grußwort hervor: Für die Akzeptanz der Realen Bildung ist es erforderlich, dass die Politik reale Voraussetzungen für eine individuelle, differenzierte Förderung schafft.



Fotos: wü

„Sparssemester für Realschule plus“

Positiv beurteilen wir die Tatsache, dass das neue Lehramt Realschule plus nach der Besoldungsstufe A 13 bewertet wird. Allerdings ist das neue Lehramtsstudium mit einer Einschränkung verknüpft, die wir in dieser Form nicht akzeptieren können. Die Ausbildung für die Lehrämter Gymnasium und Berufsbildende Schulen wird sich auf zehn Semester erstrecken. Dieser vorgegebene Zeitrahmen entspricht unseren eigenen Erwartungen, die auch für das Lehramtsstudium Realschule plus zu erfüllen sind. Schließlich muss die Lehrerausbildung, und dies gilt für alle Lehrämter, den gestiegenen fachlichen und pädagogischen Ansprüchen gerecht werden.

Die Ministerin selbst räumt ein: *„Die Realschule plus hat gegenüber der bisherigen Realschule und der bisherigen Hauptschule einen deutlich erweiterten Auftrag. Die größere Heterogenität innerhalb der Schülerschaft soll ebenso in die Qualifizierung der Lehrkräfte aufgenommen werden wie der konsequente Auftrag zur individuellen Förderung“* (PM des MBWJK vom 10.06.2009). Kurzum: Eine Verlängerung der Realschullehrerausbildung auf zehn Semester ist sachlich begründet und dient zugleich der Besoldungsgerechtigkeit.

Dienstrechtsreform: Die Ereignisse überstürzen sich

Fünf Monate später: Am 10. November 2009 stellen Ministerpräsident Kurt Beck und Bildungsministerin Doris Ahnen ein „Eckpunktepapier zur Dienstrechtsreform“ vor. Danach soll ab dem Jahr 2012 *„Grund-, Haupt- und Realschullehrerinnen und -lehrern die Möglichkeit geboten werden, auf der Grundlage der Bestenauslese Einkommensverbesserungen durch eine Beförderung zu erzielen, ohne dass insoweit ein Funktionsamt zusätzlich wahrgenommen werden muss.“* Die Beförderungsquote soll zunächst 10 Prozent betragen. Der VDR begrüßte die mit der Dienstrechtsreform verbundene Schaffung zusätzlicher Beförderungsämters im Schulbereich. Dadurch wurde einer seit Jahren erhobenen VDR-Forderung nach Aufstiegsmöglichkeiten im Ansatz entsprochen. Die Verlängerung war verständlicherweise umso größer, als das „Eckpunktepapier“ der so genannten Schuldenbremse zum Opfer fiel. So befinden wir uns aus mehreren Gründen immer noch auf dem Weg zu einer „gerechteren“ Besoldung.

Schulstrukturreform und Lehrergesundheit

„Wer es ernst meint mit Reformen im Bildungssystem, muss sich um diejenigen kümmern, die diese Reformen letztlich in der Praxis umsetzen sollen: die Lehrer“, erklärte der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (bdp) in seiner Pressemitteilung vom 09.09.2008. Aus Untersuchungen wissen wir, dass ein beachtlicher Anteil der Kolleginnen und Kollegen die Belastungen des Schulalltages nicht so ohne weiteres verarbeiten kann. Häufig führen diese zu gesundheitlichen Problemen. Die Angebote des Landes durch das Projekt Lehrergesundheit, der Einrichtung eines Institutes

für Lehrgesundheit an der Universität Mainz wie auch durch die Fortbildungsangebote sind im Ansatz positiv, aber sie sind nicht ausreichend. Sie bedürfen darüber hinaus begleitender Maßnahmen in Form einer spürbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster betonte auf dem Bundeskongress für Schulpsychologie in Stuttgart: „Nur wenn sich Lehrkräfte physisch und psychisch gesund fühlen, können sie ihre Kompetenzen für Schülerinnen und Schüler voll einsetzen.“

Die Arbeitsverdichtung und Aufgabenvielfalt

Die Arbeitsverdichtung und Aufgabenvielfalt nehmen immer mehr zu, so dass man allmählich den Eindruck gewinnen muss, dass der Blick für Maß und Ziel völlig verloren gegangen ist. Die Vermutung liegt nahe, dass die Übersicht über die tatsächliche Arbeitsbelastungen von Lehrkräften, Studienseminaren und Schulleitungen völlig verloren ging. Innerhalb kürzester Zeit wird ein Bündel an Aufgaben abverlangt, das kaum zufriedenstellend zu bewältigen ist. Das Kerngeschäft, das Unterrichten, kommt immer weniger zum Tragen. Es ist eine innere und äußere Unruhe entstanden, die nicht ernst genug genommen wird, vielleicht auch nicht ernst genommen werden kann, weil das Gesamtpaket der Arbeitsbelastungen aus dem Blick geraten ist und keiner daran denkt, dass es noch andere Dinge im Lehrerleben gibt als das Erstellen neuer Konzepte oder die Übernahme von ständig zunehmenden Verwaltungsaufgaben, nämlich das Unterrichten. Und das ist schwieriger geworden und wird weiterhin schwerer. Die Rolle des Lehrers bewegt sich immer mehr vom Unterrichten in Richtung Erziehungsmanagement. Wer vor fünf oder zehn Jahren sich für den Beruf des Lehrers entschieden hat, konnte von einem anderen Berufsbild ausgehen. Die Lehrerrolle wurde und wird innerhalb kürzester Zeit neu diktiert.



Für die musikalische Gestaltung während der Festveranstaltung sorgte das Bläserensemble der Rochus-Realschule plus Bingen (Klasse 6 b) unter der Leitung von Hans-Jörg Fiehl.

Foto: Karin Berneburg

Resolution: Erziehungsoffensive

Die in Ingelheim zur VDR-Hauptversammlung anwesenden Lehrkräfte sprechen sich für eine umfassende Erziehungsoffensive unter Einschluss von Eltern, Schulbehörden und Schulträgern aus.

Schülerinnen und Schüler müssen durch konsequentes Handeln erfahren, dass ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche in der Schule nicht zum Maß aller Dinge genommen werden können. Massive Unterrichtsstörungen müssen von den Lehrkräften auch als solche benannt, besprochen und geahndet werden. Eltern sollten ihren Kindern deutlich machen, dass Unterricht keine permanente Spaßveranstaltung sein kann. Die Freude über die eigene Leistung ist umso größer, je höher der Einsatz war, mit dem sie erzielt worden ist. Der Stolz über selbstständig erreichte Erfolge fördert das Selbstwertgefühl und motiviert zu weiterer Leistungsbereitschaft. Vom Ministerium und der Schulbehörde fordert der VDR Unterstützung z. B. durch

- Verstärkung der Schulsozialarbeit (eine Kraft für je 100 Schülerinnen und Schüler)
- Ausbau des schulpsychologischen Dienstes vor Ort
- zusätzliche Lehrerwochenstunden zur Gewaltprävention oder Konfliktbewältigung und zur Erziehungsberatung der Eltern
- Rückendeckung durch die Schulaufsicht bei Konfliktfällen

Die Schulträger müssen durch entsprechend gestaltete Räumlichkeiten und durch besondere Trainings- und Gruppenräume zur Problemlösung beitragen. Außerdem verantworten sie den Einsatz von Schulsozialarbeitern.

Ingelheim, den 26. April 2012

Unterrichtsversorgung gibt wenig Anlass zum Jubeln

Das Bildungsministerium hatte für das letzte Schuljahr die beste Unterrichtsversorgung seit 25 Jahren festgestellt. Konkret in Zahlen ausgedrückt heißt das: Im Schuljahr 2010/2011 fielen planmäßig „nur“ 1,2 Prozent der Unterrichtsstunden aus. Im Schuljahr 2011/2012 beträgt der planmäßige Ausfall 2,4 Prozent, im Bereich der Realschule plus 2,5 Prozent.

Solche Erfolgsnachrichten trügen. Die Schulstatistik für die allgemeinbildenden Schulen vermittelt mit einer „strukturellen Unterrichtsversorgung“ von 98,8 Prozent im Schuljahr 2010/2011 bzw. einer „strukturellen Unterrichtsversorgung“ von 97,6 Prozent lediglich auf den ersten Blick ein erfreuliches Ergebnis. Die Realität ist eine andere. Dies räumte auch die Ministerin ein, die u. a. in ihrer Pressemitteilung vom 9. November 2010 erklärte, dass die Werte für die strukturelle Unterrichtsversorgung nicht mit einer auf den Tag bezogenen Situationsbeschreibung der Unterrichtsversorgung in den Schulen gleichgesetzt werden dürften.

Der tatsächliche Unterrichtsausfall infolge von Krankheiten, Fortbildungen oder Klassenfahrten liegt erfahrungsgemäß zwischen 5 und 7 Prozent, mancherorts über 10 Prozent. Er wird in der allgemeinen Schulstatistik nicht abgebildet. Letztendlich sagen Prozentzahlen rein gar nichts aus über die Unterrichtsqualität. Sie machen nämlich nicht transparent, wie hoch der Anteil an „Unterricht“ ist, den befristet eingestellte Hilfskräfte, oft ohne ausreichende Qualifikation, erteilen. So dienen billige Zeitverträge zwar der statistischen Kosmetik, aber nicht dem Ziel einer möglichst hohen Unterrichtsqualität.

Wer vor einer Klasse steht, muss ausgebildet sein – fachlich und pädagogisch. Unstrittig ist, dass es immer wieder Notsituationen gibt, für die Notlösungen gefunden werden müssen. Aber grundsätzlich sagen wir: Die Professionalisierung des Lehrerberufes darf nicht ausgehöhlt werden. Andernfalls brauchen wir uns am Ende nicht darüber wundern und klagen, wenn Eltern, Ausbildungsbetriebe und Universitäten unzufrieden bleiben.

Ein weiterer Aspekt der Unterrichtsversorgung, oder besser gesagt: der Unterversorgung, ist der fachspezifische Mangel. Aktuell, mittelfristig und – wenn keine Abhilfe geleistet wird – auch langfristig fehlen Lehrkräfte insbesondere mit einer Facultas in den Fächern Musik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen. Der Mangel an Französischlehrern beispielsweise ist beängstigend hoch. Eine nachhaltige Gegensteuerung ist dringend erforderlich.

Der VDR fordert zusätzliche Lehrerstellen

Eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung erfordert natürlich zusätzliche Lehrerstellen. Aber wenn Bildung, wie alle Parteien behaupten, ein zentrales gesellschaft-

liches Anliegen ist, dann muss konsequenterweise auch die dafür erforderliche Finanzierung sichergestellt werden.

Sinkende Schülerzahlen und eine kontinuierliche Einstellung von Lehrern helfen weiter. Die frei werdenden Ressourcen sollen im Bildungssystem bleiben. Das jedenfalls forderte die Opposition und das versprach auch die Regierung. Die vor der Landtagswahl geweckte Hoffnung, dass die demografische Rendite zu Qualitätsverbesserung und zur Entlastung der Lehrkräfte genutzt werde, erhielt im Koalitionsvertrag einen erheblichen Dämpfer. Dort wurde von den Finanzpolitikern festgeschrieben, dass die demografische Dividende in der Schule in Teilen für die Konsolidierung des Haushaltes genutzt werde.

Die bisherige Einstellungspolitik vermittelte Zuversicht in ihrer Wirkung auf die Altersstruktur. So liegt Rheinland-Pfalz bei der Altersgruppe der Lehrkräfte unter 35 Jahren mit einem Anteil von 20 Prozent deutlich an der Spitze aller Bundesländer. Dieses zweifellos positive Ergebnis sollte auch für die Zukunft anspornen. Die Journalistin Heike Schmoll beklagt in der FAZ vom 29.01.2012 unter der Überschrift „Lehrer auf gepackten Koffern“, dass Nachwuchskräfte trotz des hohen Unterrichtsausfalls ohne festen Job bleiben. Wir benötigen kontinuierliche Einstellungen von Lehrkräften – Einstellungen im Beamtenverhältnis und nicht in unsicheren Vertretungsverträgen.



Resolution: Klassenstärke

Die in Ingelheim zur VDR-Hauptversammlung anwesenden Lehrkräfte fordern eine sofortige Senkung der Klassenmesszahlen in den Klassenstufen 7-12 der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen.

Beim Übergang von Kl. 6 in Klasse 7 steigt die Messzahl z.Zt. von 25 auf 30. Damit wird eine individuelle Förderung – gerade in der schwierigen Phase der Pubertät – nahezu unmöglich. Für die Klassen und Kurse der oberen Leistungsebene muss die Messzahl mit 25 fortgeschrieben werden, für die untere Leistungsebene sind maximal 20 Schülerinnen und Schüler vorzusehen. Die zunehmenden Probleme durch gesellschaftliche Veränderungen und wachsende Heterogenität der Schülerschaft dürfen nicht zu Lasten der Lehrkräfte und Schüler gehen. Soll ein an der individuellen Förderung orientierter Unterricht (§ 3 Abs. 2 Schulgesetz / § 2 Schulordnung) gelingen, haben Politik und Bildungsministerium geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört insbesondere die Fortschreibung der Senkung der Klassenmesszahlen.

Ingelheim, den 26. April 2012

Einsatz und Leistung müssen sich lohnen

Lehrerinnen und Lehrer müssen spüren, dass ihr Engagement honoriert wird. Angemessene Formen der Anerkennung und Wertschätzung gehören zu einem wesentlichen kulturellen Bestandteil unserer Gesellschaft.

Anerkennung und Wertschätzung dürfen sich nicht auf ein einmaliges „Dankeschön“ beschränken. Einsatz und Leistung müssen sich lohnen, sonst geht die Motivation allmählich verloren. Qualität hat auch ihren Preis. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf angemessene Wertschätzung, Anspruch auf einen adäquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf Voraussetzungen,

die eine optimale Unterrichtsqualität gewährleisten. Der VDR sieht seine Aufgabe auch darin, diesen Ansprüchen politisch Nachdruck zu verleihen.

Ministerin Ahnen äußerte kurz vor der Landtagswahl 2011 im Gespräch mit dem VDR: *„Ich habe noch eine Menge Ideen und würde meine Tätigkeit deshalb gerne fortsetzen“* (Die Realschule in RLP, Ausgabe 1/2011, S. 6). So freuen wir uns, Frau Ministerin, auf Ihre Festrede – in der Hoffnung dass Ihre Ideen und unsere Erwartungen am Ende Ihrer Ausführungen einen hohen Deckungsgrad erreichen.

Ansprache Bernd Karst

Ministerin Ahnen:

Reale Bildung ist unverzichtbar



Bildungsministerin Ahnen sieht in der Inklusion kein Thema für Zuspitzung.

Foto: Karin Berneburg

dem Tagungsthema „Reale Bildung ist unverzichtbar“.

Sie sehe für die Realschulen plus die zunehmende Heterogenität als Herausforderung an und sagte hierfür ihre Unterstützung zu. Das bereits bestehende Fortbildungsangebot – z. B. das Projekt „Lernen mit Vielfalt“ – solle ausgebaut werden.

Die Ausdifferenzierung der Lebensentwürfe führe überdies zu heterogeneren Bildungswegen. Die Fachoberschule in Verbund mit der Realschule plus sei eine Antwort darauf, so Bildungsministerin Ahnen. Es würden weitere Fachoberschulen eingerichtet, deren Ausbau sei noch nicht abgeschlossen.

Die Unterrichtsversorgung an den Schulen sei insgesamt gut, so Frau Ahnen, man habe dafür die Ausbildungskapazitäten deutlich erhöht. Schwierigkeiten bereite nach wie vor der Umstand, dass viele Lehramtsstudierende bei ihrer Fächerwahl nicht die Empfehlungen des Ministeriums berücksichtigten. Man

müsse die zukünftigen Lehrkräfte stärker dazu anhalten, Mangelfächer zu studieren. Frau Ahnen sicherte trotz des der demographischen Entwicklung geschuldeten Schülerrückgangs eine kontinuierliche Einstellungspolitik zu. Mit den Vertretungspoolstellen wäre hierfür eigens ein Instrument geschaffen worden, das wegen der steigenden Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern, die in Mutterschutz oder Elternzeit gingen, weiter Anwendung finden werde.

Bezüglich der Inklusion will Frau Ahnen in stärkerem Maße auch die Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen mit einbeziehen. Inklusion sei kein Thema für Zuspitzungen, befand die Ministerin; da Inklusion aufgrund der Ratifizierung der UN-Menschenrechtskonvention verbindlich umgesetzt werden müsse, könne man sich diesem Thema nicht verweigern.

Bezogen auf die Forderung, die reduzierte Orientierungsstufen-Klassenmesszahl fortzuschreiben, betont Frau

Ahnen, dass hier zuerst die Realschulen plus von kleineren Klassen in der Orientierungsstufe profitiert hätten. Durch die Schulstrukturreform sei die Lehrer-Schüler-Relation an Realschulen plus im Vergleich zu den früheren Realschulen verbessert worden. Für eine Senkung der Klassenmesszahl ab Klasse 7 sieht sie keine Spielräume. Jetzt seien die Grundschulen, die Gymnasien und die Integrierten Gesamtschulen an der Reihe, so Ahnen.

Unruhe kam stellenweise sowohl während der Ministerin-Rede, als auch in der daran anschließenden Aussprache auf. Die Zuhörer teilten Frau Ahnens Auffassung nicht, dass die Realschulen plus bzw. die Integrierten Gesamtschulen gut versorgt seien. Die Teilnehmer hatten außerdem erwartet, dass sich die Bildungsministerin stärker mit den am Vormittag verabschiedeten Verbandsforderungen, welche der Landesvorsitzende Bernd Karst zuvor erläutert hatte, auseinandersetzen würde (siehe auch KlarText-Kolumne).

Den roten Faden, den VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst am Ende seiner Ansprache Richtung Ministerin spannte, nahm diese nur zögerlich auf. Sie wollte nicht garantieren, dass ihre bildungspolitischen Ideen und die Erwartungen des VDR-Landesverbandes einen hohen Deckungsgrad erreichen. In ihrer Rede widmete sie sich



Abstimmung über die Anträge

Foto: Karin Berneburg



Das VDR-Tagungspräsidium v.l.n.r.: Gerhard Hein, Wolfgang Häring und Katharina Becker

Foto: Karin Berneburg

Anträge der Hauptversammlung

Die Umsetzung der Schulstrukturreform erfordert ein stärkeres finanzielles Engagement!

Die Schulstrukturreform mag „formal“ abgeschlossen sein, „inhaltlich“ ist sie es jedoch nicht: Nachjustierungen sind in vielen Bereichen notwendig, damit unseren Schulen ermöglicht wird, den seitens der Gesellschaft und Bildungspolitik an sie herangetragen Ansprüchen gerecht zu werden.

Dazu müssen die Arbeits- und Rahmenbedingungen an die Erfordernisse der neuen Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen angepasst werden. Die auf der Hauptversammlung eingebrachten Anträge zur Beratung und Beschlussfassung (siehe Kasten) ergeben ein umfassendes Bild, was aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen zur „inhaltlichen“ Bewältigung der Schulstrukturreform notwendig ist. Unser Landesvorsitzender Bernd Karst ist bereits in seiner Begrüßungsrede auf verschiedene Anträge eingegangen. Exemplarisch werden hier drei weitere Anträge vorgestellt.

Antrag Nr. 1.6 Schwerpunktschulen

Die Rahmenbedingungen an den bestehenden Schwerpunktschulen sind nicht ausreichend und müssen verändert werden. Es fehlen ausgebildete Förderschullehrkräfte, und die Raumausstattung der Schwerpunktschulen ist unzureichend. Darum beauftragt die Hauptversammlung den Geschäftsführenden Vorstand, sich für nachfolgende Anpassungen einzusetzen:

- Die Klassenmessenzahl der Klassen, in denen Kinder mit Förderbedarfen unterrichtet werden, muss für alle Klassenstufen in der Realschule plus und in der Integrierten Gesamtschule auf 20 festgeschrieben werden.
- Schwerpunktschulen dürfen nur eingerichtet werden, wenn sichergestellt ist, dass eine ausreichende Anzahl an Förderschullehrkräften zur Verfügung steht.
- Bestehende Schwerpunktschulen sind mit der notwendigen Anzahl an Förderschullehrkräften auszustatten. Vor allem Schulen in sozialen Brennpunkten benötigen bessere personelle Ressourcen.
- Gesundheits- und Ruheräume sowie spezielle Förderräume sind in den Schwerpunktschulen erforderlich. Die Schulbau Richtlinien müssen entsprechend angepasst werden.
- Weitere Anrechnungsstunden für die erschwerte Unter-

richtsarbeit, für die Mitarbeit an der Erstellung und ständigen Aktualisierung der individuellen Förderpläne, für zusätzliche Elternarbeit, für Kooperationen mit Förderschullehrkräften, Schulpsychologen, Ärzten, Therapeuten, Integrationshelfern und Mitarbeitern der Jugendhilfe müssen gewährt werden.

Antrag Nr. 2.2 Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung

Die schulischen Aufgaben haben zugenommen! Förderung, Beziehungsarbeit, Kooperation im Kollegium, pädagogischer Austausch u. a. erfordern immer mehr Zeit. Der Geschäftsführende Vorstand ist daher aufgefordert, sich für die folgenden Verbesserungen einzusetzen:

- Reduzierung der allgemeinen Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen auf 24 Stunden.
- Deutliche Ausweitung des Planstellenangebots.

Antrag Nr. 3.3 Lehrkräfte an der FOS

Die Praxiserfahrungen der in Fachoberschulen unterrichtenden Lehrkräfte zeigen deutlich, dass Nachbesserungen dringend erforderlich sind. Aktuell ist eine FOS-Lehrkraft für den Hauptfachunterricht von vier Klassen verantwortlich, was auch vor dem Hintergrund der anstehenden Aufstiegsprüfungen zu hohen Belastungen führt. Der Geschäftsführende Vorstand ist durch die Hauptversammlung darum beauftragt, sich für folgende Verbesserungen an den Fachoberschulen einzusetzen:

- Lehrkräfte, die in der FOS unterrichten, müssen i.d.R. vier Klassen im Hauptfach unterrichten (=12 WStd.). Dazu kommen weitere Hauptfachklassen in der S I. Außerdem ist die Doppelbesetzung im Hinblick auf die Fachhochschulreifeprüfung unabdingbar, da hier auf Dauer eine qualifizierte Lehrkraft schulintern für die Zweitkorrektur benötigt wird.
- Neben der außergewöhnlichen unterrichtlichen Arbeitsbe-

lastung muss die Vorbereitung zur Aufstiegsprüfung parallel laufen. Hier sind Hilfen und Stundenentlastung notwendig.

- Neben dem geforderten fachlichen Austausch an der eigenen Schule muss auch der Austausch mit anderen FOS-Fachlehrern ermöglicht werden.
- Die Qualität und Vergleichbarkeit der Abschlüsse müssen sichergestellt werden.

Die Mitglieder des VDR fordern von der Landesregierung substantielle Verbesserungen, damit Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen den gestiegenen Anforderungen gerecht werden können. Die beschlossenen Anträge zeichnen die Leitlinien der Verbandsarbeit für die kommenden Jahre vor.



VDR-Hauptversammlung: Beschlossene Anträge

1. Schulentwicklung

- Schulentwicklung
- Reaktion auf demografische Entwicklungen
- Abschlussprüfung für den Realschulabschluss und für die Berufsreife
- Ausbau des Netzes von Fachoberschulen
- Inklusion
- Schwerpunktschulen

2. Unterrichten und Erziehen

- Unterrichtliche Rahmenbedingungen
- Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung
- Erziehungsoffensive
- Stärkung des MINT-Bereiches

3. Lehrerbildung

- Bachelor- und Masterstudiengang für das Lehramt an Realschulen plus

- Lehrerfort- und -weiterbildung
- Lehrkräfte an der FOS

4. Dienst- und Besoldungsrecht

- Angemessene Besoldung
- Besoldungseinstufung
- Besoldung der Lehrkräfte
- Funktionsloses Beförderungsam
- Altersteilzeit
- Wiedereinführung der früheren Altersermäßigung für Lehrkräfte
- Wegstreckenentschädigung bei Reisekostenvergütung

5. VDR-intern

- Satzungsänderung
- Änderung der Geschäfts- und Wahlordnung

Fazit zur Hauptversammlung 2012

Der VDR-Landesverband geht gestärkt aus der Hauptversammlung. Die Wahlergebnisse sind nicht nur ein großer Vertrauensbeweis, sie bilden auch die Geschlossenheit ab, mit der die Mitglieder der Hauptversammlung den neuen Landesvorstand unterstützen.

Die Herausforderungen für unsere Realschulen plus und unsere Integrierten Gesamtschulen sind groß. Der neue Landesvorstand ist gefordert. Dass das augenblickliche bildungspolitische Umfeld schwierig ist, das hat allen in Ingelheim anwesenden Kolleginnen und Kollegen die Rede der Bildungsministerin ver-

deutlicht. Der „Deckungsgrad“ zwischen den Verbandsforderungen und den Vorstellungen von Frau Ahnen ist ausbaufähig.

Hier muss noch viel beharrliche Überzeugungskraft seitens des neuen Landesvorstands geleistet werden. Für diese Aufgabe sind weiterhin das Vertrauen und die Unterstützung der Mitglieder erforderlich. Ein Signal, dass die Realschulen plus und die Integrierten Gesamtschulen hinter dem VDR und den Forderungen nach verbesserten Arbeits- und Rahmenbedingungen stehen, sollte sich bei der Personalratswahl 2013 zeigen.



Foto: Karin Berneburg



Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de

„Bundeszentralabitur“?



Foto: www.fotolia.de

Die Kultusministerkonferenz hat sich kürzlich darauf verständigt, mehr Vergleichbarkeit beim Abitur herzustellen.

Die rheinland-pfälzische CDU rief daraufhin die Landesregierung dazu auf, endlich ihr Verhältnis zu zentralen Schulabschlüssen zu klären.

Die Bildungsministerin sieht mit den in Kürze vorliegenden Bildungsstandards für das Abitur in zentralen Fächern und mit dem Aufgabenpool, aus dem sich alle Länder bedienen können, einen Weg beschritten, der eine höhe-

re Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen sichert und mehr Mobilität garantiert. Rheinland-Pfalz setze sich seit langem für diesen Weg ein. Schützenhilfe leistet der Philologenverband: „Auch wenn Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland ohne Zentralabitur ist, brauchen wir keine neue Reform der gymnasialen Oberstufe, denn das Abitur in Rheinland-Pfalz hat sich bewährt und kann sich im bundesweiten Vergleich durchaus sehen lassen.“

Lesenswert ist Arno Beckers Rheinpfalz-Kommentar in der Ausgabe vom 10. März 2012:

„Abiturprüfungen sollen deutschlandweit vergleichbar werden. In Rheinland-Pfalz dürfte sich zunächst nicht viel ändern.“

Nur in einem Punkt herrscht Einigkeit: Es gibt in Deutschland ein starkes Nord-Süd-Gefälle bei den Abiturprüfungen. Das schränkt die Vergleichbarkeit der Zeugnisse und die Mobilität von Familien mit Schulkindern ein. Ob einheitlichere Prüfungen da Abhilfe schaffen könnten, ist seit Jahren heftig umstritten. Der Kompromiss der Kultusminister soll die Grundlagen fürs deutschlandweit vergleichbare Abitur schaffen. Er ist der kleinste gemeinsame Nenner.

Bildungsstandards in zentralen Fächern sollen künftig für vergleichbare Prüfungsanforderungen sorgen. Solche Standards gibt es jetzt schon, nur halten sich bisher nicht alle Länder dran. Neu ist ein Pool von Prüfungsaufgaben, aus dem sich die Länder bedienen können. Die Leistungen rheinland-pfälzischer Abiturienten sind im bundesweiten Vergleich nicht schlecht. Als einziges Bundesland verzichtet das Land auf die zentrale Vorgabe von Prüfungsaufgaben. Allerdings gilt auch hierzulande, dass Gesamtschülern im Schnitt weniger abverlangt wird als Gymnasiasten.

SPD-Bildungsministerin Ahnen will die Formulierung der Abituraufgaben auch in Zukunft den einzelnen Lehrern überlassen. Allerdings dürfte der neue Aufgaben-Pool tendenziell zur Angleichung der Aufgabenstellungen führen. Die politischen Frontlinien im Land werden sich hingegen nicht verschieben: Die CDU bleibt bei ihrer Forderung nach einheitlichen Abschlüssen, die Lehrer wollen weiterhin am Status quo festhalten.“



Wolfgang Häring

haering.wolfgang@vdr-rlp.de

Bildungsnotstand?

VDR und Philologenverband im TV-Gespräch mit Staatssekretärin Vera Reiß

In Zeiten der Schuldenbremse ist Sparen angesagt. Und das gilt für den gesamten Landeshaushalt, auch die Bildung. Kritiker befürchten einen Bildungsnotstand in Rheinland-Pfalz. Doch ist die Lage wirklich so ernst?

Engelbert Sauter diskutierte mit Vera Reiß (Staatssekretärin im Bildungsministerium), Malte Blümke (Landesvorsitzender Philologenverband Rheinland-Pfalz) und Bernd Karst (Landesvorsitzender Verband Deutscher Realschullehrer) im Gutenberg TV.

www.gutenberg.tv



Diskussionsteilnehmer (v. l. n. r.): Bernd Karst, Vera Reiß, Malte Blümke und Moderator Engelbert Sauter

Foto: gutenberg.tv

Hans Beckmann neuer Bildungsstaatssekretär

Reiß wird Amtschefin – Ebling wechselt ins Mainzer Rathaus



Hans Beckmann

Foto: MBWWK

Hans Beckmann ist im Ministerium künftig für den Schulbereich zuständig, der bisher von Staatssekretärin Vera Reiß verantwortet wurde.

Sie folgt dem bisherigen Amtschef Michael Ebling, der zum neuen Oberbürgermeister von Mainz gewählt wurde, und zeichnet zudem – wie zuvor Ebling – künftig für den Wissenschafts- und Weiterbildungsbereich verantwortlich.

Ministerin Ahnen: „Die langjährigen Erfahrungen, die Hans Beckmann im Schuldienst und in der Schulaufsicht auf verschiedenen Ebenen sammeln konnte, werden uns ebenso nützlich sein wie die intensiven Kenntnisse der neuen Amtschefin über die gesamte Schul- und Hochschullandschaft sowie über die Bildungsverwaltung.“

Der neue Staatssekretär Hans Beckmann war zuletzt als Abteilungsleiter im Ministerium für die schulische Qualitätsentwicklung, Inklusion, Ganztagschule, Fortbildung sowie die oberste Schulaufsicht über die Grundschulen, Realschulen plus, Förderschulen und Integrierte Gesamtschulen zuständig. Zuvor war Beckmann lange Jahre in der Schulaufsicht der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion tätig, zuletzt als Leiter der Außenstelle Neustadt. Zusätzlich bringt Beckmann Unterrichtserfahrung aus der Integrierten Gesamtschule, dem Gymnasium und der Berufsbildenden Schule mit.

Landesvorsitzender Bernd Karst überbrachte die Glückwünsche des VDR.

Paul Pardall gab der AQS ein freundliches Gesicht

Abteilungsleiter Paul Pardall wurde am 27. Januar im Rahmen einer Feierstunde von Staatssekretärin Vera Reiß und der Präsidentin der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), Dagmar Barzen, in den Ruhestand verabschiedet.

Paul Pardall war seit 2005 als Leiter der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) tätig und maßgeblich am Aufbau der Agentur in Bad Kreuznach beteiligt. Neuer Leiter der AQS wird der bisherige Schulabteilungsleiter der ADD, Thomas Bartholomé.

VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst erinnerte, dass die AQS nicht zu jenen Institutionen gehörten, die entstanden seien, weil Lehrerverbände nach ihr riefen. Allerdings sei es Paul Pardall – und vielen seiner Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter – gelungen, Ängste und Vorbehalte, die sich mit der Agentur für Qualitätssicherung verbinden, zu entschärfen.

Paul Pardall habe durch seine Kompetenz überzeugt und durch seine menschliche Ausstrahlung gewirkt. „Wäre ich Journalist, der über die heutige Verabschiedung des Leiters der AQS zu berichten hätte, so würde ich die Schlagzeile wählen: Paul Pardall gab der AQS ein freundliches Gesicht“, resümierte Karst und wünschte zugleich dem Nachfolger Thomas Bartholomé einen guten Start.



Bernd Karst (li): Paul Pardall hat durch seine Kompetenz überzeugt. Foto: AQS

► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 30. MÄRZ 2012

Inklusion ist nicht zum Nulltarif erhältlich

In einer für die Bertelsmann Stiftung erstellten Studie legt Prof. Klemm erstmals eine Berechnung für Rheinland-Pfalz vor, die den konkreten Bedarf an personeller Ausstattung beziffert. Prof. Klemm berechnet im Vergleich zum Schuljahr 2009/10 einen zusätzlichen Bedarf von jährlich rund 14 Mio. Euro, die in voller Höhe ab dem Schuljahr 2020/21 anfallen.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) sieht in der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung der Schulen, die „inklusive“ unterrichten sollen, die größte Herausforderung für die Landesregierung. „An den Schwerpunktschulen zeigt sich sehr deutlich, dass Rheinland-Pfalz größte Schwierigkeiten hat, qualifizierte Förderschullehrkräfte in ausreichender Zahl für den inklusiven Unterricht zu stellen. Häufig fühlen sich Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen von der Landesregierung auf sich allein gestellt und überfordert“, so der Landesvorsitzende Bernd Karst. Es sei daher nicht verwunderlich, dass Umfragen der Bertelsmann Stiftung in jüngerer Zeit belegen, dass die Skepsis bei Lehrern und Eltern gegenüber Inklusion überwiege. Der Realschullehrerverband fordert die Landesregierung auf, unverzüglich dafür zu sorgen, dass

- die Ausbildung von Förderschullehrkräften bedarfsgerecht erfolgt,
- in der Lehrerausbildung aller Lehrämter ein Pflichtmodul zu integrativer und inklusiver Pädagogik aufgenommen wird
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für den Einsatz im integrativen/inklusive Unterricht angeboten werden
- eine Zusatzqualifikation in Sonderschulpädagogik als Weiterbildungsmaßnahme angeboten wird.

Bernd Karst warnt die Landesregierung, die zusätzlichen Mehrkosten durch Schließung von Förderschulen und durch vollständige Einbindung der demografischen Rendite in Inklusion auf Kosten der Qualitätsentwicklung der allgemeinbildenden Schulen zu finanzieren: „Inklusion ist nicht zum Nulltarif erhältlich!“

Definitionen

Schwerpunktschulen sind allgemeinbildende Schulen (Grundschulen, Gesamtschulen, Realschulen plus, Gymnasien) in denen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ unterrichtet werden. Der Begriff der **Inklusion** unterscheidet sich von der der Integration insofern, als dass es bei der Integration von Menschen immer noch darum geht, Unterschiede wahrzunehmen und zuerst Getrenntes wieder zu vereinen. Inklusion hingegen versteht sich in Bezug auf Schule als ein Konzept, das davon ausgeht, dass alle Schüler mit ihrer Vielfalt an Kompetenzen und Niveaus aktiv am Unterricht teilnehmen. Alle Schüler erleben und nehmen Gemeinschaft wahr, in der jeder/jede Einzelne seinen/ihren sicheren Platz hat und somit eine Teilnahme für alle Schüler am Unterricht möglich ist.

Susanne Abram: Die internationale Theoriendiskussion von der Integration zur Inklusion und die Praxisentwicklung in Südtirol. Verlag Freie Universität Bozen, 2003

► VDR-KOMMENTAR

Inklusion in Rheinland-Pfalz: Wir machen's (uns) einfach

In ihrem Schreiben zum Schuljahresbeginn 2011/2012 gibt Ministerin Doris Ahnen u.a. bekannt, dass weitere Schwerpunktschulen starten, „die ganz im Sinne der international geforderten Inklusion behinderte und nicht-behinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichten. Rheinland-Pfalz verfüge“, so Frau Ahnen weiter, „über ein dichtes Netz von inklusiven Angeboten.“

Bildungspolitische Vorstellungen und schulische Wirklichkeit

Der „inklusive Unterricht“ an Schwerpunktschulen steht im Spannungsfeld eines von außen gesetzten Anspruchs sowie das schulische Innenleben bestimmender Ressourcenengpässe. Der VDR fordert bei der durch die UN-Konvention vorgegebenen Umsetzung der Inklusion, Kinder, Eltern und Schulen nicht zu überfordern sowie nachhaltige Verbesserungen bei der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung vorzunehmen.

Blick für das realistisch Machbare behalten

Die rheinland-pfälzische Landesregierung schmückt sich damit, dass sie noch vor der Ratifizierung der UN-Behindertenkonven-

tion die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern mit Behinderungen im Schulgesetz verankert hat. Die Erfahrungen in den Schwerpunktschulen zeigen aber, dass trotz des Engagements vor Ort nicht alle Kinder von dem gemeinsamen Unterricht profitieren. Es fehlt an Förderschullehrern, an Fortbildungen, an Differenzierungsräumen und -materialien sowie an Zeit. Das „Ideal einer inklusiven Pädagogik in Reinform“ ist nicht zu erreichen, wirkt aber in die Schulen hinein – Überforderung, Frust und Enttäuschung sind die Folge.

Mainz macht es sich zu einfach

Mainz macht es sich zu einfach, wenn es Inklusion verspricht, aber die Voraussetzungen für das Gelingen nicht schafft. Der Eindruck verfestigt sich, dass bei den „Inklusionsbemühungen“ die Generierung von Einsparpotenzialen im Vordergrund steht, und eben nicht die Förderung der Potenziale von Kindern mit und ohne Behinderungen. Die Einsparung von rund 2000 Lehrerstellen sowie die Zusammenstreichung der Mittel für die Schulsozialarbeit sprechen für sich.



Michael Eich

eich.michael@vdr-rlp.de

Reduzierung der Schulsozialarbeit nicht hinnehmbar

In einer Pressemitteilung vom 13. März 2012 (siehe: www.realschule-vdr.de/Presse) hatte der VDR eine deutliche Aufstockung der Zahl der Schulsozialarbeiter gefordert und die im Landeshaushalt vorgesehene Mittelkürzung heftig kritisiert. In seiner Sorge sieht sich der VDR nun bestätigt.

So berichtet der Trierische Volksfreund in seiner Ausgabe vom 16. April 2012 unter dem Titel „Sparen bei der Schulsozialarbeit“ von den Auswirkungen der Haushaltskürzung: „Da das Land seine Unterstützung zur Schulsozialarbeit runterfährt, muss

das gerade erst ausgeweitete Angebot im Landkreis Bernkastel-Wittlich wieder zurückgefahren werden. (...) ‚Der Stellenumfang wird den zur Verfügung stehenden Mitteln angepasst‘, sagt Alfons Kuhnen, Pressesprecher der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich. Will heißen, dass es nur vier anstatt der fünf Stellen für Sozialarbeiter gibt.“

Der VDR fordert Jugendministerin Irene Alt auf, die Zuschussmittel des Landes für Schulsozialarbeit bedarfsgerecht aufzustocken.



Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de



VDR kritisiert Kürzung der Zuschussmittel

Foto: www.fotolia.de



► LESERBRIEF

„Wir fühlen uns alleine gelassen!“

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder!

Mit Interesse verfolge ich die Forderungen des VDR nach Schulsozialarbeitern für alle Realschulen plus. Dieser Forderung können wir uns nur anschließen.

Seit drei Jahren sind wir Realschule plus. Bereits in den Jahren davor hat sich ein Wandel in der Eltern- und Schülerschaft abgezeichnet, der sich zuletzt noch verstärkt hat. Wenig oder falsch erzogenen Kindern stehen überforderte oder teilnahmslose Eltern zur Seite.

Der Arbeitsaufwand für die Fachlehrer, die Klassenleitungen und auch die Schulleitungsmitglieder hat sich enorm erhöht. Gespräche mit Eltern und dem Jugendamt haben überproportional zugenommen. Dabei ist festzustellen, dass das Jugendamt nicht immer die Hilfe leisten kann, die für die Kinder und Eltern eigentlich nötig wäre.

Seit über drei Jahren stellen wir den Bedarf für einen Schulsozialarbeiter an unserer Schule fest. Entsprechende Anträge an den Schulträger haben wir regelmäßig gestellt. Im letzten Jahr haben wir im Wahlkampf die Aussage von Bildungsministerin Doris Ahnen erfreut zur Kenntnis genommen, dass genügend Geld für Schulsozialarbeiter von Mainz zur Verfügung gestellt

würde. Dies wurde in den letzten beiden Jahren vom Schulträger anders dargestellt.

Wir fühlen uns jetzt alleine gelassen! Durch den Wechsel der Zuständigkeit ist das Bildungsministerium in die Entscheidungen über die Verteilung der Gelder für Schulsozialarbeit nicht mehr eingebunden. Wir befürchten jetzt, dass versucht wird, die Thematik nach dem Motto auszusitzen, bei sinkenden Schülerzahlen wird sich das Problem in einigen Jahren erledigen.

Unsere Realschule plus benötigt dringend einen Schulsozialarbeiter, um gerade den Schülerinnen und Schülern eine wirkungsvolle unterrichtsbegleitende Unterstützung zu bieten, die demnächst mit dem Berufsreifeabschluss unsere Schule verlassen. Gesamtwirtschaftlich können wir es uns nicht leisten, Jugendliche mehrerer Jahrgänge in eine ungewisse Zukunft zu entlassen.

Unseres Erachtens finanzieren sich die Schulsozialarbeiter gesamtwirtschaftlich schon dann, wenn es ihnen mit uns gemeinsam gelingt, einige Jugendliche aus der Arbeitslosigkeit und der Harz-IV-Falle herauszuhalten.

Herzliche Grüße

(Name ist der Redaktion bekannt.)

Einsparung von 1.850 Lehrerstellen

Klemm-Gutachten zum Lehrkräftebedarf

Die Ergebnisse des 10.500 Euro teuren Gutachtens von Prof. em. Klaus Klemm decken sich erstaunlich weitgehend mit den bisherigen Planungen des Ministeriums. Wen wundert es? Ist die Auftragsexpertise doch nach

Klemms eigenen Angaben „auf der Grundlage der politischen Agenda“ erstellt worden. Das heißt der Lehrkräftebedarf orientiert sich an der Haushaltslage statt an den tatsächlichen Bedürfnissen.

Sinkende Schülerzahlen

In seiner Prognose geht der Bildungsplaner davon aus, dass die Schülerzahl bis zum Schuljahr 2016/17 landesweit um 10,6 % auf knapp 509.000 zurückgehen wird¹:

Schuljahr	Grundschule	Realschule plus	Förderschule	GYM	IGS ²	BBS
2011/12	141.410	108.596	14.823	138.070	35.754	127.094
2016/17	128.100	78.800	13.300	126.400	40.800	118.000
Veränderung	-13.310	-29.800	-1.500	-11.700	+5.000	-9.000

Bei gleichbleibenden Unterrichtsbedingungen würden deshalb 3.804 volle Lehrerstellen überflüssig. „Das (...) ermittelte Volumen der demographischen Rendite und die durch sie frei werdenden Finanzmittel können zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wie auch zur Verbesserung von Rahmenbedingungen und Qualität des Unterrichts eingesetzt werden.“³ Entgegen früherer Aussagen wird nun doch **nur ein Teil** der erwarteten Ersparnisse im Bildungsministerium für Verbesserungen im Schulbereich ausgegeben. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- Reduzierung der Klassenmessen in den Grundschulen auf 24 und in der Orientierungsstufe der Gesamtschulen und Gymnasien auf 25: **893 Stellen**
- Senkung des strukturellen Unterrichtsdefizits auf 1,2% an den allgemeinbildenden Schulen und auf 3 % an den Berufsschulen: **464 Stellen**
- Ausbau des inklusiven Unterrichts (UN-Behindertenrechtskonvention): **200 Stellen**
- Ausbau von Gesamtschuloberstufen und Fachoberschulen: **150 Stellen**
- Ausbau des Netzes der Ganztagschulen: **150 Stellen**
- Weiterentwicklung der Berufsschulen: **50 Stellen**
- Umschichtung von Vertretungsmitteln auf Planstellen zur Ausweitung des Vertretungspools auf **1000 Stellen**.

Dem gegenüber stehen „bedarfsmindernde Maßnahmen“:

- Ausweitung der Unterrichtsverpflichtungen im Vorbereitungsdienst: **238 Stellen**
- Reduzierung der Klassenwiederholungen: **79 Stellen**
- Geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit, d. h. Lehrkräfte scheiden am Ende des Schuljahres aus dem Dienst, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, also im Schnitt mit 65,5 Jahren.

Wer profitiert?

Unter dem Strich dienen die geplanten Verbesserungen, die aufgrund rückläufiger Schülerzahlen möglich werden, ausschließlich politischen Zielen, mit denen die Landesregierung bei den Wählern zu punkten gedenkt: mehr Ganztagschulen, mehr Gesamtschulen, weniger Unterrichtsausfall an Gymnasien, mehr Inklusion.

Die Lehrkräfte – insbesondere die an Realschulen plus und Gesamtschulen – profitieren trotz früherer Versprechungen nicht vom Schülerrückgang. Ganz im Gegenteil: Die Referendare werden während der Ausbildung mit mehr eigenständigem Unterricht belastet und die Lebensarbeitszeit soll sich um ein Jahr erhöhen. Eine fast 66-jährige Lehrerin müsste dann u. U. vier Deutsch-Klassen und zwei Englisch-Klassen mit bis zu 30 Schülern im Berufsreife-Bildungsgang unterrichten. Dazu muss sie bei der bereits beschlossenen jährlich 1-prozentigen Besoldungsanpassung deutliche Einbußen bei ihrem Realeinkommen hinnehmen.

Wie wäre es, wenn man die verbliebene Hälfte der „demographischen Rendite“ dazu verwenden würde, die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung schrittweise für alle Lehrkräfte auf maximal 24 Stunden festzulegen? Prof. Klemm wäre sicher bereit, auch dafür ein entsprechendes Gutachten auszuarbeiten. Zufriedene Lehrkräfte halten besseren Unterricht!

¹Pressemitteilung des MBWWK vom 4. Mai 2012

²Steigerung der Schülerzahl wegen der sich noch im Aufbau befindlichen 35 Integrierten Gesamtschulen

³Prof. em. Klaus Klemm, Zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz, Duisburg-Essen, Mai 2012



Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de

Heesen: Berufsbeamtentum garantiert funktionierenden Staat

Oberverwaltungsgericht Münster bestätigt Streikverbot für Beamte

Der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen hat das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 7. März 2012, mit dem das Streikverbot für Beamte bestätigt wurde, ausdrücklich begrüßt. „Der dbb hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die im Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes verankerten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums maßgeblich sind. Diese Auffassung sehen wir durch das Urteil bestätigt. Die bedeutende Rolle des Berufsbeamtentums als Garanten für einen funktionierenden Staat wurde durch das Gericht abermals deutlich gemacht“, so Heesen.

In dem vom Oberverwaltungsgericht Münster behandelten Fall ging es um eine beamtete Lehrerin, die an

mehreren Warnstreiks teilgenommen hatte. Der Dienstherr, das Land NRW, hatte der Lehrerin daraufhin durch eine Disziplinarverfügung eine Geldbuße von 1.500 Euro auferlegt. Diese wurde aber durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 15. Dezember 2010 (31 K 3904/10.O) aufgehoben. Dagegen hat der Dienstherr beim Oberverwaltungsgericht Münster mit dem vorliegenden Urteil (3d A 317/11.O) nun erfolgreich Berufung eingelegt.

Zur Begründung führte der Vorsitzende des Disziplinarsenats aus, dass sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, auf die sich die

Lehrerin berufen hatte, kein Streikverbot für deutsche Beamte ableiten lasse. Darüber hinaus habe die EMRK im deutschen Recht den Rang eines einfachen Bundesgesetzes, so dass sich deren Regelungen an dem höherrangigen Grundgesetz messen lassen müssten. Die in Artikel 11 der EMRK und in Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz geregelte Koalitionsfreiheit werde durch die in Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz verankerten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums eingeschränkt. Damit stehe Beamten in der Bundesrepublik Deutschland, mit Blick auf deren Treupflicht gegenüber ihrem Dienstherrn und vor dem Hintergrund der Erhaltung der Funktionsfähigkeit staatlichen Handelns, ein Streikrecht nicht zu. Dieses

Streikverbot gelte unabhängig davon, welche konkrete Funktion der einzelne Beamte ausübe, denn allein der Status als Beamter sei entscheidend.

dbb Chef Peter Heesen sagte: „Das besondere Dienst- und Treueverhältnis zwischen Beamten und Dienstherrn, mit allen sich daraus ergebenden wechselseitigen Rechten und Pflichten, hat sich bewährt. Die Bestätigung durch das Gericht ist deshalb sehr zu begrüßen. Diese Entscheidung bringt Stabilität und Rechtssicherheit für die Beamten, die Dienstherrn und unser gesamtes Staatswesen.“

*Pressemitteilung (Auszug):
dbb - beamtenbund und
tarifunion*

► IM GESPRÄCH:

VDR und Philologenverband



v.l.n.r. Josef Zeimentz (PhV), Martin Radigk (VDR), Elvire Kuhn (PhV), Wilfried Rausch (VDR), Ralf Hoffmann (PhV), Bernd Karst (VDR), Malte Blümke (PhV), Heike Mohr-Mumbauer (PhV), Markus Perabo (PhV), Wolfgang Seebach (VDR), Timo Lichtenthäler (VDR)

Foto: VDR

Zu einem Informationsaustausch trafen sich die Vorstände des VDR und des Philologenverbandes. Neben einem Austausch über gemeinsame verbandspolitische Zielsetzungen und Akti-

vitäten standen Fragen einer intensivierten künftigen Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Im August wird man sich wieder treffen.

► ERZIEHUNGSOFFENSIVE

VDR fordert gemeinsamen Kampf gegen Disziplinlosigkeit

In einer Pressemitteilung hat sich der VDR im Herbst letzten Jahres für eine konzertierte Erziehungsoffensive ausgesprochen (vgl. RBiRP Heft 5/2011, S. 18ff). Disziplinlose, unerzogene und verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler wurden darin als „Hauptproblem der heutigen Schule“ benannt. Es gelte, durch gemeinsames Handeln mit Eltern und Schulbehörde sicherzustellen, dass leistungswillige Schüler nicht durch einzelne Mitschüler ausgebremst werden.

Die Initiative fand nicht nur in der Lehrerschaft breite Resonanz. Die Mainzer Allgemeine Zeitung hat sich mit einem ausführlichen Beitrag am 15. November 2011 dem Thema gewidmet (vgl. RBiRP, Heft 5/2011, S. 19) und die Rhein-Zeitung hat die Debatte zum „Thema des Tages“ gemacht (s. unten stehende Beiträge vom 27. Februar 2012).

Realschullehrer fordern Erziehungsbündnis

Debatte: Unterricht leidet unter Mangel an Disziplin

Rheinland-Pfalz. Es wird zu viel über Schulstrukturen diskutiert und zu wenig über das „Hauptproblem“ der heutigen Schule gesprochen: unerzogene Kinder und Jugendliche. Mit solch drastischen Worten hatte sich der Verband der rheinland-pfälzischen Realschullehrer (VDR) vor drei Monaten an die Öffentlichkeit gewandt. Seither arbeiten Schulen im Land zumindest enger zusammen.

Ständiges Stören, Unpünktlichkeit und aggressives Verhalten gegenüber Lehrern und Mitschülern sind keine Probleme, mit denen nur Großstadtschulen zu kämpfen haben. „Immer mehr Lehrer beklagen, dass sie erstmal eine Viertelstunde Zeit brauchen, um in ihrer Klasse überhaupt Ruhe zu schaffen und mit dem Unterricht zu beginnen“, berichtet VDR-Sprecher Wolfgang Häring aus dem rheinland-pfälzischen Schulalltag.

Der Aufruf im November habe allerdings etwas bewegt. Viele Schulen tauschten sich nun aus über geeignete Maßnahmen, auch der Elternbeirat ist mit am Tisch. Jetzt gibt es etwa schriftliche Vereinbarungen zwischen Schülern und Lehrern darüber, wie man im Schulalltag miteinander umgehen will. Viele Schulen haben einen eigenen Wertekatalog formuliert.

„Nur mit Disziplin ist auch Unterrichtserfolg möglich“, ist Häring überzeugt. „Dafür müssen wir mehr tun.“ Der VDR-Vorsitzende Bernd Karst hatte gefordert, dass massive permanente Unterrichtsstörungen von Lehrern „als solche benannt, besprochen und geahndet werden müssen“. Schüler müssten durch konsequentes Handeln erfahren, „dass ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche in der Schule nicht zum Maß aller Dinge genommen werden können“.



Foto: www.fotolia.de

Der Aufruf zu einer „gemeinsamen Erziehungsoffensive“ enthielt auch Appelle an Eltern und Landespolitik: „Eltern sollten ihren Kindern deutlich machen, dass Unterricht keine permanente Spaßveranstaltung sein kann“, hieß es. Von der Schulbehörde erwarte man sich mehr Unterstützung durch Sozialarbeiter und mehr Wochenstunden für Programme zur Gewaltprävention und Konfliktbewältigung.

Rena Lehmann, Berliner Korrespondentin der Rhein-Zeitung

Lehrer klagen: Erziehung mangelhaft

Bildung: Pädagogen und Eltern wollen Chaos im Klassenzimmer nicht länger dulden

Berlin/Rheinland-Pfalz. Immer häufiger vergreifen sich Schüler im Ton, sind aggressiv und stören den Unterricht. In Rheinland-Pfalz drängen Lehrer- und Elternverbände auf ein breites Erziehungsbündnis. Die Initiatoren wollen dazu auch Bildungsministerin Doris Ahnen um Unterstützung bitten.

Das Thema mangelnde Erziehung treibt Pädagogen wie Eltern seit Längerem um. „Wir sind uns alle einig, dass wir etwas tun müssen“, sagt der Vorsitzende des Philologenverbandes, Malte Blümke. In dem Verband sind vor allem Gymnasiallehrer organisiert. „Erziehungsprobleme, die in der Gesellschaft insgesamt bestehen, schlagen natürlich in der Schule voll durch, natürlich auch am Gymnasium“, meint er. Es werde gemobbt, nicht begrüßt, es herrsche bisweilen ein rauer Umgangston. Wolfgang Häring, Sprecher des Verbandes der Realschullehrer, berichtet von Kollegen, die inzwischen mehr Zeit darauf verwenden müssten, im Klassenraum für Ruhe zu sorgen als für den eigentlichen Unterricht. Der Verband schlug bereits im November mit der Forderung nach einem Bündnis zwischen Eltern, Lehrern und Schulbehörde Alarm.

Seither tauschen sich die Schulen verstärkt über ihre Erfahrungen aus. „Das Land müsste auch stärker in die Lehrerfortbildung investieren“, fordert Häring. Lehrer müssten darauf vorbereitet werden, mit schwierigen Situationen im Klassenraum richtig umzugehen. (...)

Im Gespräch mit Elternvertretern ist im Land bereits das regelmäßige Schüler-Eltern-Lehrer-Gespräch in Grundschulen entwickelt worden. Landeselternsprecher Rudolf Merod bescheinigt diesem Instrument eine „sehr positive Wirkung“. Viele Eltern erwarten heute, dass in der Schule auch Erziehung stattfindet. „Einen Dialog zwischen Eltern und Lehrern gibt es aber häufig nur dann, wenn etwas dramatisch schief läuft“, erklärt Merod. Er wünsche sich eine offene Wertediskussion zwischen

Schulen und Eltern. Die Frage, warum immer mehr Schüler immer schwieriger sind, würde inzwischen offen diskutiert. ... Als Ursache für die Probleme haben die Beiräte ausgemacht, dass Kinder zu oft auf sich allein gestellt sind. „Es fehlt an Zeit für die Kinder“, sagt Merod. In der Schule müsste darauf besser eingegangen werden.

Rena Lehmann, Rhein-Zeitung

Aus der Presse: Meinungen zur VDR-Erziehungsinitiative

Die Rhein-Zeitung hat zu Ihren Beiträgen zahlreiche Kommentare online und als Leserbriefe bekommen. Wir drucken einige Lesermeinungen in gekürzter Form hier ab:

Frau Rena Lehmann ... schreibt: „Viele Eltern erwarten heute, dass in der Schule auch Erziehung stattfindet.“ Der Satz müsste aber leider heißen: Viele Eltern erwarten heute, dass Erziehung (nur!) in der Schule stattfindet. Dies ignoriert Art. 6 GG: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Die Erziehungspflicht der Eltern ist nicht übertragbar, auch nicht an die Schule. Sätze aus Elterngesprächen wie „Ich kann doch meinem Kind den Computer nicht verbieten“ zeigen, wie weit die Praxis vom Verfassungsauftrag entfernt ist...

Bernhard Meffert, Horhausen, 28. Februar 2012

Erziehung fängt im Elternhaus an. In vielen Fällen müssen heute beide Eltern arbeiten und haben meistens nicht einmal die Zeit, sich mit den Lehrern auseinanderzusetzen. Viele Schüler sind mittags auf Mikrowelle und Computer angewiesen. ... Die Schule ist nicht für die Erziehung der Kinder verantwortlich. Nein, schlechtes Benehmen fällt immer noch auf das Elternhaus zurück.

Wiltrud Snoj, Nickenich, 28. Februar 2012

Höchste Zeit, dieses den meisten Schulen schon länger auf den Nägeln brennende Problem offen anzupacken. Leider sind unsere Bildungspolitiker derweil fern jeder Realität und blenden solche Themen in ihrem pseudopädagogischen Übereifer aus, der ständig neue Ansprüche kreiert ohne sich um die Umsetzbarkeit zu kümmern.

Bifra, 27. Februar 2012

Gerade wenn man oft mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat stellt man fest, dass es sich hier nicht um einzelne Personen oder Menschen bestimmter „Ethnien“ ... handelt, sondern

dass das Verhalten und die Einstellung der Schüler durchweg in allen Kreisen und Schulformen zu finden ist.“

Entchen Alfred, 27. Februar 2012

Man darf ja bei dieser Diskussion nicht vergessen dass Schüler Kinder von Eltern sind. Aber es ist natürlich einfacher die Schulen zu schelten als in den Spiegel zu schauen. Kinder sind Nachahmer und tun das was sie sehen und was man ihnen vor macht. Ein Elternhaus ohne Höflichkeit, Rücksicht, Manieren, Respekt produziert Kinder ohne Höflichkeit, Rücksicht, Manieren, Respekt.

Koblenzerin, 28. Februar 2012

Hier geht es nicht um Bildung! Es geht um den Umgang in der Gesellschaft! ... Kinder ... spüren dass ihre Lehrer nicht durchgreifen können, weil die Gesellschaft ihnen in den Arm fällt! Keine Strafe! Kein Sitzenbleiben! Kein Aussortieren der Leistungsunwilligen oder Leistungsunfähigen. Realschule plus steht jedem Deppen und Faulenzer zu!

Holzschnitt, 28. Februar 2012

Der VDR Rheinland-Pfalz sieht Disziplin und respektvollen Umgang innerhalb der Klassen als absolute Voraussetzung für erfolgreichen Unterricht. Deshalb muss das Thema weiter auf der Tagesordnung bleiben. Dabei ist es wichtig, dass Probleme nicht unter den Teppich gekehrt sondern offen angesprochen werden. Die Zusammenarbeit der Schulen untereinander kann dazu beitragen, gemeinsam Lösungsstrategien für die Probleme im Klassenzimmer zu entwickeln. Haben Sie an Ihrer Schule bereits Konzepte entwickelt oder Vereinbarungen getroffen? Dann schreiben Sie uns. Das Rad muss nicht an jeder Schule neu erfunden werden!

Zusammengestellt von



Wolfgang Häring
haering.wolfgang@
vdr-rlp.de

Hans Thielen - Abschied aus dem dbb rheinland-pfalz



Hans Thielen: 37 Jahre Zusammenarbeit mit dem dbb

Hans Thielen, unser Experte für Dienst- und Beamtenrecht, hat den VDR über viele Jahre im Landesvorstand unserer Dachorganisation, dem Deutschen

Beamtenbund, vertreten. Nun zieht er sich auf eigenen Wunsch zurück.

Von seinen Kolleginnen und Kollegen im dbb-Vorstand verabschiedete er sich mit folgenden Worten: „Ich danke für die freundliche Verabschiedung im Landeshauptvorstand. 37 Jahre Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Funktionen mit dem dbb auf Landes- und Bundesebene waren eine Herausforderung. Mein Dank gilt

den beiden Vorsitzenden, Kollegin Stopp und Kollegin Lenz, sowie ihren Teams für ihren engagierten und kompetenten Einsatz für die Mitgliedsverbände. Davon hat auch der VDR profitiert. Ihnen allen, meine Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich weiterhin Glück und Erfolg bei Ihrer ehrenamtlichen Arbeit im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen. Ich danke Ihnen“. Zuvor hatte dbb-Chefin Lilli Lenz Dank und Anerkennung für Hans Thie-



Der Geehrte mit Lilly Lenz (li) und Bernd Karst (re). Fotos: wü

len zum Ausdruck gebracht. Dem schlossen sich seitens des VDR-Landesvorstandes Bernd Karst und Wolfgang Wünschel an.

Richtigstellung

Wir haben im Februar neu in den Schuldienst eingetretenen Lehrkräften zusammen mit einer Informationsmappe ein Begrüßungsschreiben zukommen lassen. In dem Schreiben war folgender Satz enthalten, der unsere Mitbewerber VBE und GEW irritieren musste: „Bei den letzten Personalratswahlen wurde der VDR mit Abstand stärk-

te Fraktion im Bezirks- und Hauptpersonalrat der Realschulen plus ...“

Dieser Textbaustein war aus einer älteren Datei aus Realschulzeiten in den Text geraten. Wir bedauern dieses Versehen und verweisen als Richtigstellung auf die Ergebnisse der Personalratswahlen 2009.

Hauptpersonalrat

Liste 1:	VDR	3.132 Stimmen (4 Sitze)
Liste 2:	GEW	3.471 Stimmen (4 Sitze)
Liste 3:	VBE	2.150 Stimmen (3 Sitze)

Bezirkspersonalrat

Liste 1:	VDR	3.213 Stimmen (4 Sitze)
Liste 2:	GEW	3.472 Stimmen (5 Sitze)
Liste 3:	VBE	2.068 Stimmen (2 Sitze)

► VDR-KOMMENTAR:

VDR: verlinkt

Computer sind feine Hilfsmittel bei der Bewältigung schriftlicher Kommunikation. Mit wenigen Klicks lassen sich Texte aktualisieren und umgestalten. Das macht anfällig für Flüchtigkeitsfehler, die manchmal unangenehm sind. Ist Ihnen das auch schon passiert? Dem VDR ist das passiert...

Zur Verbandstätigkeit gehören die Informations- und Werbetätigkeit. Diese Tätigkeiten sind verfassungsrechtlich durch Artikel 5 des Grundgesetzes (Freiheit der Meinungsäußerung) und Arti-

kel 9 des Grundgesetzes (Veins- und Koalitionsfreiheit) besonders geschützt. Und sie werden auch von den Lehrerverbänden und -gewerkschaften erwartet. So ist es selbstverständlich, dass Verbände und Gewerkschaften ihr Profil darstellen. Der VDR kann z.B. darauf verweisen, dass er seine Arbeit auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich I konzentriert, zahlreiche Serviceleistungen im günstigen Mitgliedsbeitrag anbietet, in den letzten Jahren über hundert Neueintritte jährlich

zu verzeichnen hat und in den Stufenvertretungen der Integrierten Gesamtschulen eine gemeinsame Liste mit dem Philologenverband bildet.

In vielen Jahren ehrenamtlicher gewerkschaftlicher Arbeit habe ich die Erfahrung gemacht, dass sich die Funktionäre konkurrierender Interessenvertretungen kooperativ und den Anliegen der Lehrkräfte und Schulen verpflichtet begegnen. Lediglich in Wahlkampfzeiten wurde zur vermeintlichen Profilschärfung gelegentlich übers Ziel hinausgeschossen. Und

ich habe dieser Tage den Eindruck gewonnen, dass für die Wahlen 2013 der Wahlkampf eingeläutet werden sollte.

Aber auch das konnte ich über die Jahre feststellen: Unterstellungen und Herabsetzungen von Konkurrenten – wie jüngst durch eine GEW-Veröffentlichung geschehen – zahlen sich am Ende nicht aus.



Wolfgang Wünschel
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de

Ahnen: Anmeldezahlen bestätigen Attraktivität der Fachoberschule

Die sieben mit einer Realschule plus verbundenen Fachoberschulen (FOS), die eine Option zum Start im Schuljahr 2012/2013 erhalten hatten, können endgültig starten. „Mit überzeugenden Anmeldezahlen haben alle neuen Fachoberschulangebote im Land die Hürde vor der Errichtungsgenehmigung genommen. Die Attraktivität dieses im Zuge der Schulstrukturreform neu geschaffenen Wegs zu einer höheren

schulischen Qualifikation bestätigt sich im zweiten Jahr nach der Einführung der FOS sehr deutlich“, betonte Bildungsministerin Doris Ahnen. Insgesamt wurden für die sieben neuen und die zwölf im Schuljahr 2011/2012 gestarteten Fachoberschulen 1.339 Anmeldungen registriert. Für die sieben neuen FOS-Angebote in Bad Bergzabern, Haßloch, Höhr-Grenzhausen, Kaisersesch, Katzenelnbogen, Landau und Mendig melde-

ten sich dabei insgesamt 423 Schülerinnen und Schüler an.

Die FOS verbindet allgemeinbildende und berufsbezogene Inhalte sowie berufliche Praxis miteinander und bietet nach zwei Jahren als Schulabschluss die Fachhochschulreife. Diese berechtigt zum Studium an jeder deutschen Fachhochschule oder kann über ein weiteres Schuljahr zum beruflichen Abitur und damit zur allgemeinen Hochschulreife

erweitert werden. Gleichzeitig ermöglicht sie den Einstieg in moderne Handwerks- und Dienstleistungsberufe, wie etwa in der Medizintechnik, in denen hohe Anforderungen an die Auszubildenden gestellt werden.

*Pressedienst des Bildungsministeriums (Auszug)
vom 13. März 2012*

► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 13. MÄRZ 2012

Fachoberschulen an Realschulen plus begehrt

Die heute vom Bildungsministerium veröffentlichten „überzeugenden Anmeldezahlen“ an den zwölf schon bestehenden und sieben im Sommer dieses Jahres startenden Fachoberschulen (FOS) sind für den VDR keine Überraschung. Die FOS an der

Realschule plus ist ein attraktiver Bildungsgang, der den Weg von der Grundschule bis zum Hochschulstudium ohne einen Wechsel der Schulart ermöglicht.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) geht davon

aus, dass die große Nachfrage das Ministerium dazu motivieren wird, die jetzt einlaufenden Anträge für einen Schulbeginn im Sommer 2013 zügig zu genehmigen. Der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst hofft, dass dann auch die „weißen Flecken“

auf der Karte der FOS-Standorte geschlossen werden. So gibt es an den Realschulen plus im ehemaligen Regierungsbezirk Trier und in den großen Städten des Landes noch immer keine Fachoberschulen.

Ergänzungslieferung Nr. 51 im Druck

VDR-Mitgliederservice: VDR-Handbuch

Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden unter anderem folgende Beiträge:

- Landes- und bundesrechtliche Regelungen des Beamtenverhältnisses
- Teilzeitbeschäftigung
- Beihilfe
- ABC der Werbungskosten – Buchstaben „C“ (Computer usw.) „M-P“, „T“ und „W-Z“.
- Personalvertretung: Die Personalversammlung
- Personalvertretung: Stufenvertretungen
- Latein und Griechisch

Das zweibändige VDR-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29,00 EURO (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit ein bis zwei Ergänzungslieferun-

gen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VDR-Mitglieder erhalten die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das Grundwerk Begrüßungspräsent.



Zu beziehen über:
Wolfgang Wünschel

Neufassung der Schullaufbahnverordnung liegt vor!

Das Bildungsministerium hat im Frühjahr den Lehrerverbänden eine Neufassung der Laufbahnverordnung für den Schuldienst, den Schulaufsichtsdienst, den schulpsychologischen Dienst sowie die Lehrkräfte an Justizvollzugsanstalten (SchulLbVO) zur Stellungnahme vorgelegt.

Die Neufassung orientiert sich am neuen Landesbeamtengesetz (LBG). Mit dem neuen Landesbeamtengesetz wurde das Laufbahnrecht neu definiert. Das neue Laufbahnrecht sieht nur noch sechs Fachrichtungen vor. Die bisherigen Laufbahngruppen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes wurden gestrichen.

Für den Regelungsbereich der neuen Schullaufbahnverordnung bedeutet dies, dass die bisherigen Laufbahngruppen nicht mehr bestehen. Sie werden in die Laufbahn der Fachrichtung Bildung und Wissenschaft übergeleitet.

Innerhalb der Fachrichtung Bildung und Wissenschaften werden durch die Neufassung der Schullaufbahnverordnung fachspezifisch ausgerichtete Laufbahnzweige eingerichtet.

Abweichend vom allgemeinen Laufbahnrecht hält die neue Schullaufbahnverordnung an der pädagogischen Ausbildung fest. Der Zugang zur Laufbahn der Fachrichtung Bildung und Wissenschaft ist grundsätzlich nur durch ein Lehramtsstudium und den Vorbereitungsdienst bzw. im sogenannten Quereinstieg durch ein anderes geeignetes Studium und den Vorbereitungsdienst möglich. Die Möglichkeit des Seiteneinstiegs durch ein Studium und eine pädagogische Zusatzausbildung wird unbefristet geboten und öffnet somit anders Qualifizierten Zugang zur Laufbahn der Fachrichtung Bildung und Wissenschaft.

Die Notenregelung in der allgemeinen Laufbahnverordnung (LbVO) wird in der Neufassung der Schullaufbahnverordnung nicht übernommen. Im Rahmen der Ausbildung und Prüfung im Lehramtsbereich wird das Prüfungsnotensystem der Mainzer Studienstufe (MSS) zugrundegelegt.

Wie bisher ist ein Wechsel im Bereich der Lehrämter möglich. Voraussetzung für den Wechsel in ein anderes Lehramt sind der Nachweis bestimmter Dienstzeiten und der Nachweis des Erwerbs lehramtsbezogener Qualifikationen in Form einer Wechselprüfung.

Die Stellungnahme des Verbandes Deutscher Realschullehrer zur Neufassung der Schullaufbahnverordnung veröffentlichen wir gemeinsam mit dem Entwurf der Neufassung in unserer Onlineausgabe.

Die neuen Fachrichtungen

1. Verwaltung und Finanzen,
2. Bildung und Wissenschaft,
3. Justiz und Justizvollzug,
4. Polizei und Feuerwehr,
5. Gesundheit und Soziales,
6. Naturwissenschaft und Technik.

Fachspezifisch ausgerichtete Laufbahnzweige nach Schullaufbahnverordnung

1. das Lehramt an Grundschulen,
2. das Lehramt an Grund- und Hauptschulen,
3. das Lehramt an Förderschulen,
4. das Lehramt an Realschulen,
5. das Lehramt an Realschulen plus,
6. das Lehramt der Lehrerin und des Lehrers für Fachpraxis,
7. das Lehramt der Fachlehrerin oder des Fachlehrers an berufsbildenden Schulen,
8. das Lehramt an Gymnasien und
9. das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Schulartübergreifende Orientierungsstufe

Verwaltungsvorschrift zur Einrichtung und Organisation der schulartübergreifenden Orientierungsstufe wurde neu gefasst.

Die Überarbeitung der Verwaltungsvorschrift war längst überfällig. Die Einrichtung und Organisation der schulartübergreifenden Orientierungsstufe erfolgte bisher auf der Grundlage eines Rundschreibens des Kultusministeriums vom 06.04.1977.

Die Forderung nach einer Überarbeitung der Verwaltungsvorschrift wurde seit den 90er Jahren immer wieder gestellt. Mit der Einführung der Realschule plus war eine Neufassung nicht mehr hinauszuschieben. Eine von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion im Jahre 2010 eingesetzte Arbeitsgruppe hat die Grundlage für die

Neufassung erarbeitet. Dass die Neufassung erst im Jahr 2012 vom Bildungsministerium herausgegeben wurde, verdeutlicht die schwierige Aufgabe, die das Bildungsministerium bei der Neufassung zu meistern hat.

Die Stellungnahme des Verbandes Deutscher Realschullehrer zur Neufassung der Verwaltungsvorschrift veröffentlichen wir gemeinsam mit dem Entwurf der Neufassung in unserer Onlineausgabe.



dbb rheinland-pfalz freut sich über 6,4 Prozent Tarifierhöhung



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
rheinland-pfalz

Beamte müssen 1:1 gleich behandelt werden

Beamte schon jetzt von der Einkommensentwicklung abgehängt
Ein-Prozent-Diktat der Besoldungserhöhung benachteiligt die Beamten massiv

Das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ist ein tragfähiger Kompromiss. Den Beamten des Landes dagegen wurde eine Mini-Besoldungserhöhung von einem Prozent diktiert. Daher fordert der dbb rheinland-pfalz die Landesregierung auf, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen.

Dazu sagt die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Wir

fordern eine Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Besoldung der Beamten und Versorgungsempfänger, und zwar zeit- und inhaltsgleich. Alles andere wäre eine weitere Ungerechtigkeit zum Nachteil der Beamten, zu deren Lasten die zahlreichen Sparmaßnahmen der Landesregierung gehen. Die Weichen müssen neu gestellt werden, wenn der öffentliche Dienst am Arbeitsmarkt bestehen will und die Beamten des Landes und

der Kommunen überhaupt noch eine Zukunftsperspektive haben sollen. Wer von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt ist, der steht im Abseits.“

Bleibt es bei der eklatanten Diskriminierung der Beamten wird der dbb gerichtlich prüfen lassen, ob die Beamtenbesoldung überhaupt noch dem Alimentsprinzip entspricht.

Hintergrund:

Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich in der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam auf tabellenwirksame Einkommenssteigerungen von insgesamt 6,4 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten geeinigt. Für die Beamten des Landes Rheinland-Pfalz gibt es nur eine jeweils einprozentige Besoldungsanpassung für 2012 bis 2016.

Im Gespräch mit Helmut Heyse, Teil 2

„Herausforderung Lehrergesundheit“



Foto: Klett

RBiRP sprach anlässlich der Veröffentlichung seines neuen Buches, Herausforderung Lehrergesundheit mit Helmut Heyse, dem ehemaligen Leiter des Projekts ‚Lehrergesundheit‘. In Teil 1 des Gesprächs (Heft 1/2012) ging Helmut Heyse auf das Anliegen seines Buches ein, stellte das Modell des Dreiecks der psychischen Gesundheit vor und wies auf die Bedeutung der Schulpsychologie hin. In Teil 2 des Interviews geht es um einen Rückblick auf seine Arbeit im Projekt ‚Lehrergesundheit‘. Außerdem setzt er sich mit der Frage auseinander, wie man sich den veränderten Rahmenbedingungen stellen kann.

RBiRP: Sie haben vor 10 Jahren das Projekt ‚Lehrergesundheit‘ gegründet und bis 2004 geleitet. Bis heute führt Frau Dr. Gläßer ihre Arbeit weiter. Welche Aufgabe stellte sich Ihnen zu Beginn des Projektes?

Helmut Heyse: Nicht ich habe das Projekt ‚Lehrergesundheit‘ gegründet, sondern es wurde 2001 vom damaligen MBWW an der ADD ins Leben gerufen. Anlass war in den Jahren 1999 und 2000 der hohe Anteil von Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit von 81 bzw. 71%

der Pensionierungen insgesamt. Weil mit dem Projekt Neuland betreten wurde, musste ich das Programm ‚Lehrergesundheit‘ konzeptuell erst erfinden, mit Inhalt füllen und bekannt machen. Da war zunächst intensive Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Schulen und in der Lehrerschaft notwendig. Mit einer projekt-eigenen Internetseite, Vorträgen, Studientagen, Aufsätzen in den Mitgliederzeitschriften der Lehrerverbände, der „Zeitung für Kollegien und Schulleitungen“ und zahlreichen anderen Veröffentlichungen

geling es, Aufmerksamkeit und Akzeptanz für das Anliegen zu gewinnen. Dabei haben mich die Lehrerverbände und die Personalvertretungen sehr unterstützt. Bald kamen auch Einzelgespräche vor allem durch meine Kollegin, Frau Vedder, und Runde Tische hinzu. Aber wir haben keine langfristige Intensivbetreuung angeboten und durchgeführt. Das wäre auch mit den geringen personellen Ressourcen nicht leistbar gewesen. Mir kam und kommt es immer noch darauf an, dass Kollegien sich nicht als Opfer verstehen, sondern ihre

Möglichkeiten nutzen und sich Ressourcen erschließen, um eine Arbeitssituation und Interaktion zu schaffen, die gute Arbeit ermöglichen und trotzdem die Gesundheit erhalten.

RBIRP: Welche Auswirkungen hat das Projekt ‚Lehrergesundheit‘ Ihrer Einschätzung nach gehabt?

Helmut Heyse: Ich halte die Gründung des Projektes Lehrergesundheit immer noch für eine Pionierleistung, in deren Gefolge dem Problem auch anderwärts staatliche Aufmerksamkeit geschenkt wurde und wird. Dass es bis heute fortgesetzt und in die Regelform überführt wurde, zeigt, dass das Problem ernst genommen und die Arbeit von Frau Dr. Gläßer geschätzt wird. Heute ist überall von der guten gesunden Schule die Rede; dazu hat sicher auch das Projekt beigetragen. Auch die Gründung des Instituts für Lehrergesundheit dürfte eine Folge der Projektarbeit sein.

Allerdings lässt sich schlecht sagen, ob nun die Lehrerschaft dadurch gesünder geworden ist. Zwar hat sich in Rheinland-Pfalz die Quote an Frühpensionierungen auf derzeit 14% reduziert, aber das kann nicht direkt unserer Arbeit zugeordnet werden. Zeitgleich wurden ja damals Pensionsabschläge bei Frühpensionierung eingeführt und die Altersteilzeit wurde breit genutzt. Dass letzteres Auswirkungen auf die Frühpensionierungen hat, zeigt der Unterschied von Bundesländern mit Altersteilzeit (17% Frühpensionierungsanteil) und ohne (23 %). Das spricht durchaus für die Altersteilzeit.

RBIRP: Herr Heyse, in Ihrem Buch sprechen Sie den Begriff des ‚Ärgers‘ an und bieten zu dessen Bewälti-



Helmut Heyse: Leider kann man Ärger nicht einfach abschalten!

Foto: Martin Radigk

gung des ‚Ärgermanagement‘ an. Man sagt auch, man kann sich über alles ärgern, aber man ist nicht dazu verpflichtet. Dabei ist aber die persönliche Schwelle, ab der man sich ärgert, individuell verschieden. Welche Bedeutung hat ‚Ärger‘ für die Arbeit des Lehrers und wie kann er besser mit ihm umgehen?

Helmut Heyse: ‚Ärger‘ ist ein starkes, negatives Gefühl, das in Stufen bis hin zur Wut gehen kann. Meist tritt es auf, wenn etwas nicht so läuft, wie man es gerne hätte – auch bei sich selbst. Ob man sich ärgert und worüber, ist ja von situativen Bedingungen abhängig, der eigenen Stimmung, den beteiligten Personen, der Sache, um die es geht. Leider kann man Ärger nicht einfach abschalten nach dem Motto „Ich ärgere mich nicht mehr über xy...“, wenn man xy dennoch als

ärgerlich empfindet. Zum Ärgermanagement gehört, sich darüber klar zu werden, warum man sich über etwas ärgert, was genau den Ärger auslöst. Denn es gibt ja keine objektiv ärgerliche Situation; erst unsere Wahrnehmung und Deutung macht sie für uns zum Ärgernis.

Schulz von Thun hat mit seinem Kommunikationsmodell darauf aufmerksam gemacht, dass man Reden und Handeln unter vier Aspekten – er nennt es die vier Seiten – betrachten kann: Als Sachaussage (was ist los?), als Information über die Beziehung (wie stehen wir zueinander?), als „Selbstmitteilung“ (ich fühle mich ...) und als Appell (ich möchte gern, dass du ...). Wir sind in der Auswahl frei, auf welche Seite der Botschaft wir eingehen wollen. So können wir auch prüfen, ob die jeweilige Situation nicht auch anders als unsere spontane Interpretation es nahelegt zu verste-

hen sein könnte, so dass ein anderes Gefühl als Ärger aufkommen kann.

Wer z. B. jede Unterrichtsstörung als Angriff deutet, wird es schwer haben, sich nicht darüber zu ärgern. Wer aber Erklärungen für die Situation findet, die weder eine negative Beziehungsaussage noch einen unangemessenen Appell beinhalten, hat die Möglichkeit, andere Gefühle zu mobilisieren und anders zu reagieren. Doch sollte die schon erwähnte Balance beachtet werden: Nichts an sich heranzulassen ist ebenso problematisch wie alles auf sich zu beziehen.



Martin Radigk
radigk.martin@vdr-rlp.de



Kompletten Artikel online lesen:
www.vdr-rlp.de

Seminarbesuch in Kaiserlautern

Anspannung angesichts ungewisser Zukunftsaussichten

Am 16. April 2012 stellte der VDR-Bezirksverband Neustadt, vertreten durch Martin Radigk und Michael Eich, Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern des Studienseminars Kaiserslautern unseren Verband vor. Über der Veranstaltung lag eine angespannte Nachdenklichkeit angesichts ungewisser Zukunftsaussichten.

Martin Radigk und Michael Eich trafen in Kaiserlautern auf eine aufgeschlossene und interessierte Gruppe junger Kolleginnen und Kollegen. Neben der Vorstellung des Verbandes wurde auch die gegenwärtige Situation auf dem „Lehrerarbeitsmarkt“ thematisiert. Fest steht, so die VDR-Vertreter, dass der pädagogische Nachwuchs in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen gebraucht wird. Darum setzt sich der VDR massiv dafür ein, dass eine deutliche Ausweitung der Planstellenangebote erfolgt.

Die Forderungen des VDR sind pragmatisch und stringent

Für den VDR steht das Gelingen von Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen im Vordergrund. Die Verbandsforderungen sind pragmatisch auf das ausgerichtet, was die Kolleginnen und Kollegen für erfolgreiches Unterrichten und Erziehen benötigen. An den immer gleichen Schulstrukturdebatten beteiligt sich der VDR nicht, da diese für die Schulen nicht hilfreich sind und den Blick auf die tatsächlichen Probleme verdecken.

Die Verbandsvertreter ermuntern zum Engagement

Vor dem Hintergrund zurückgehender Einstellungen und großer bildungspolitischer Herausforderungen, so die zentra-



Ungewisse Zukunftsaussichten? VDR fordert mehr Planstellen Foto: Martin Radigk

le Botschaft der VDR-Vertreter, ist es unverzichtbar, dass sich gerade junge Lehrerinnen und Lehrer verstärkt in die Arbeit der Bildungsverbände und -gewerkschaften einbringen. Deren Durchsetzungskraft erwächst aus dem Engagement ihrer Mitglieder. Alle junge Kolleginnen und Kollegen sind eingeladen, sich und ihre Vorstellungen von Bildung und Schule im VDR einzubringen!

► VDR-KOMMENTAR

Hoffnung, dass sich bald was ändert?

Ministerin Ahnen hat immer wieder betont, dass sie für eine kontinuierliche Einstellungspolitik steht. Der VDR verbreitet bezüglich der zurückgehenden Einstellungen keine Grabesstimmung. Wir haben aber auch angesichts der zahlreichen Absolventen der Studienseminare und der wenigen freien Stellen keinen Anlass, etwas zu beschönigen. Aufgrund der steigenden Anforderungen an Schulen benötigen wir dringend unseren pädagogischen Nachwuchs in den Schulen, nicht auf der Straße!

Betroffen machen uns Anrufe und E-Mails von Seminarab-

gängern, die sich berechnete Sorgen um ihre Zukunft machen. Drehten sich diese Ängste noch vor einem Jahr um den Erhalt einer Planstelle, so befürchten inzwischen viele junge Kolleginnen und Kollegen, noch nicht einmal mehr eine Vertretungsstelle zu erhalten. Der VDR fordert von den politisch Verantwortlichen, die Zukunftsperspektiven der jungen Kolleginnen und Kollegen im Blick zu behalten. Wir erneuern an dieser Stelle die Forderung, im Interesse unserer Kinder und Schulen für die Absolventen der Studienseminare ein ausreichend großes Planstellenangebot zu schaffen!

Um einen authentischen Eindruck von der geschilderten Sichtweise und Gefühlslage der Seminarabsolventen zu vermitteln, veröffentlichen wir nachfolgend Auszüge aus der E-Mail eines Betroffenen.

„Hallo Herr Eich,

(...) ich habe im April meine zweite Staatsprüfung erfolgreich bestanden. Jetzt geht es mit den Bewerbungen los und ich habe diesbezüglich, wie auch viele meiner Mit-RLAs, ziemlich Angst, wenn ich an die Zukunft denke. Uns wurde von allen Seiten gesagt, dass die Einstellung sehr schlecht ist und schlim-

mer noch, es sollen sogar mehr Stellen gekürzt werden, da die Schülerzahlen in den nächsten Jahren abnehmen.

Mit dem Gedanken, keine Planstelle zu bekommen, habe ich mich längst abgefunden, aber jetzt sagen mir schon Schulen für eine mögliche Vertretungsstelle ab. Wie soll ich denn nun mein Leben überhaupt noch planen können, wenn ich von der Ausbildung direkt zum Arbeitsamt gehen muss? Ich verstehe auch nicht, dass die Studienseminare so viele neue Anwärter einstellen, wobei die jetzigen und vorherigen Abgänger kaum eine Chance

haben, überhaupt etwas zu bekommen? Ich finde schon, dass ich gut ausgebildet wurde und sehr motiviert bin, den Lehramtsberuf auszuüben, aber wenn die Situation immer schlechter wird und uns keine Chance der Besserung geboten wird bzw. geboten werden kann, muss ich mich wohl mit dem Gedanken ab-

finden, einen anderen Beruf zu wählen oder Rheinland-Pfalz endgültig den Rücken zu kehren und ein anderes Bundesland ansteuern. Ich befürchte nämlich, dass bald (...) so gut wie keiner mehr eingestellt wird. (...) Ich finde das alles so ungerecht und wenn ich das alles vorher gewusst hätte, hätte ich wahr-

scheinlich nie das Lehramtsstudium angestrebt – obwohl ich eigentlich nichts lieber tue als zu unterrichten. (...)

Ich wollte mir einfach mal Luft machen, weil ich so enttäuscht und verzweifelt bin ... Planstellen? – Dass ich nicht lache. Ich wäre froh, wenn ich überhaupt was bekom-

me... Trotzdem verbleibe ich mit freundlichen Grüßen und hoffe, dass sich bald was ändert!"

Name ist der Redaktion bekannt.



Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de

Beispielhaftes Engagement gewürdigt:

Europapreis für Realschule Kirn



Staatsministerin Margit Conrad händigte der Delegation der Realschule Kirn den Europapreis 2012 aus. Der Preis wurde mit großer Freude aufgenommen und wird als Bestätigung der bisher geleisteten pädagogischen Arbeit gesehen.

Foto: Sämmer / © Landesvertretung RLP

In einer Feierstunde in der Staatskanzlei hat die Bevollmächtigte des Landes für Europa, Staatsministerin Margit Conrad, den Europapreis 2012 überreicht. In diesem Jahr stand er unter dem Motto „Europa ist mehr als der Euro“ und sollte vor allem ehrenamtlich Engagierte ansprechen.

Gewinner des mit 2.000 Euro dotierten ersten Preises ist in diesem Jahr die Realschule Kirn. Die Schule organisiert

seit dreißig Jahren Austauschprogramme. Inzwischen bestehen Partnerschaften mit Schulen in Frankreich, Schweden, Tschechien, Österreich und Estland. Die Realschule Kirn nimmt am Comeniusprogramm der EU teil und hat im letzten Jahr zu einem großen Treffen eingeladen.

Schülerinnen und Schüler aus acht Ländern kamen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern in die reizvolle Stadt an der Nahe. Viele Freundschaften entstanden. Als Dank für das

langjährige Engagement des Rektors der französischen Partnerschule in Marange/Silvange (Lothringen) pflanzten die Schüler zu dessen Pensionierung eine Linde in den Kirner Schulgarten.

„Hier wird Europa gelebt, wird Verständigung gefördert, werden Freundschaftsbände über Grenzen hinweg geknüpft und gepflegt. Die Freizügigkeit wird wie selbstverständlich erlebt, Neugierde wecken auch die Nachbarn, das sind positive

Erfahrungen, die – was zu wünschen ist – für das gemeinsame Europa werben“, betonte Staatsministerin Conrad. „Das jahrzehntelange Engagement der Kirner Schule ist hier beispielhaft und wird deshalb mit dem Europapreis gewürdigt.“

Der VDR-Landesvorstand gratuliert herzlich!

Quelle: PM Staatskanzlei
vom 7. Mai 2012

It's cooperation, stupid!

– Tja, wenn's nur so einfach wäre! Teil 1

Die Belastungen im Lehrerberuf haben zugenommen, das wird kaum noch ernsthaft bestritten. Das von Schulen zu bewältigende Aufgabenspektrum ist breiter geworden, Unterrichtsplanung, Beziehungsgestaltung und Elternberatung werden zudem immer anspruchsvoller und zeitintensiver. Notwendige Anpassungen der Arbeits- und Rahmenbedingungen an diese Entwicklung sind ausgeblieben. „It's cooperation, stupid!“, schallt es uns Lehrern als Antwort auf die Frage entgegen, wie wir trotz Belastungen die skizzierten Herausforderungen bewältigen können.

Belastungen nehmen zu, substantielle Verbesserungen bleiben aus

„Jeder zweite Lehrer ist der Überzeugung, dass das Unterrichten in den vergangenen fünf bis zehn Jahren deutlich schwieriger wurde (...). Über die Hälfte der Lehrer sieht die Bildungspolitik ihres Bundeslandes eher kritisch, sie wird vor allem als praxisfern beurteilt“, heißt es in einem FAZ-Beitrag über die Allensbach-Studie zur Attraktivität des Lehrerberufs (FAZ, 25.04.2012, Nr. 97, S.1). Das gilt auch für Rheinland-Pfalz: Die Mittel für Schulsozialarbeiter werden gekürzt, Lehrerstellen gestrichen, und das bei stetig steigenden Anforderungen. Die Belastungen nehmen zu, aus Mainz kommt bislang keine substantielle Unterstützung.

Kooperation statt Einzelkämpfertum

Wie kann bei defizitären Arbeits- und Rahmenbedingungen die Berufszufriedenheit erhalten bleiben? Wie können Lehrerinnen und Lehrer bei zunehmender Heterogenität den Kindern und Jugendlichen gerecht werden? „Kooperation“ heißt das Gebot der Stunde. Und tatsächlich beweisen Studien (u.a. von SCHAARSCHMIDT 2005²), dass Kollegien trotz widriger Bedingungen besser mit Herausforderungen zurechtkommen, wenn diesen gemeinschaftlich begegnet wird. „Was Lehrer krank macht, ist ihr Einzelkämpfertum“, schlussfolgert Joachim Bauer deshalb in seinem „Lob der Schule“ (BAUER 2007,

S. 75). Wenn Lehrerkooperation eine Entlastung bedeuten kann, warum winken dann viele Lehrer müde ab, wenn ihnen jene anempfohlen wird?

Schulen sind nicht für Kooperation ausgelegt

Eines vorneweg: Die Zweifel der Betroffenen müssen zu denken geben und können nicht abgetan werden, indem der Lehrerschaft mangelnde Veränderungsbereitschaft unterstellt wird. Für Lehrerkooperation, z. B. die Zusammenarbeit in Unterrichtsteams, sind die Voraussetzungen an unseren Schulen nämlich alles andere als günstig: Räumliche, sächliche und personelle Beschränkungen behindern Kooperationsbemühungen. Hinzukommt der Faktor Zeit: Es wird zunehmend schwieriger, einen für alle Beteiligten passenden Termin zu finden (nicht nur in Ganztagschulen). Lehrerkooperation ist deshalb nicht unmöglich, aber für die Erschwernisse müssen im Vorfeld Lösungen gefunden werden.

Kooperation und Teamarbeit sind keine Selbstläufer

Kooperation ist voraussetzungsreich und gelingt nicht per Verordnung. Das muss allen Beteiligten bewusst sein. „Kooperation ist nur erfolgreich, wenn man sich darauf verlassen kann, dass die Beteiligten die gemeinsamen Bemühungen ernst nehmen und einen Sinn darin sehen, sich so einzubringen, dass durch Kooperation mehr möglich ist, als dies für den einzelnen möglich gewesen wäre“, schreibt Gerhard Eikenbusch in der Zeitschrift PÄDAGOGIK (EIKENBUSCH 2012, S.7f.). Zu oft wurde die Zusammenarbeit eher als Be- statt als Entlastung erlebt, z.B. wenn ausufernde Grundsatzdiskussionen Konferenzen belastet und keinen Nutzen gebracht haben. Das erklärt die Vorbehalte vieler Kollegen.

Der Beitrag wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt. Im zweiten Teil erfahren Sie, an welche Voraussetzungen erfolgreiche Kooperation gebunden ist und warum es aufgrund steigender Anforderungen ohne Kooperation kaum gehen wird.



Michael Eich

eich.michael@vdr-rlp.de

Fortbildungshinweis

Ingelheimer Forum
pädagogische Praxis

**Wut, Ärger, Stress
in der Klasse -
„Spielend“ vom Chaos
zum Team**

Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer

7.-8. September 2012

Fridtjof-Nansen-Haus Ingelheim



Weitere Infos unter
www.wbz-ingelheim.de

Personalräte-Fortbildung VDR-Bezirksverband Neustadt:

Personalplanung, Versetzung, Tarif- und Beamtenrecht

Die erste ÖPR-Schulung des VDR im Jahr 2012 fand im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen statt. Zahlreiche Mitglieder der örtlicher Personalräte hatten sich eingefunden, um Informationen zu wichtigen Basisthemen und zu aktuellen Entwicklungen zu erhalten.



Foto: wü

Martin Radigk referierte über Grundlagen zur Eingruppierung und Einstufung sowie über Neuerungen im TV-L.

Michael Eich informierte über Neuerungen beim Gliederungsplan, zum Thema Personalplanung und Unterrichtsversorgung. Besonderes Interesse der Teilnehmer fand der Vortrag über „Versetzung und Abordnung“.

Gastreferent Prof. Dr. Christian Koch von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer referierte zum Thema „Landesbeamtenrecht im Reformprozess – Zur Novellierung des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz“.

- Als Folge des besonderen Dienst- und Treueverhältnisses zu ihrem Dienstherrn, sieht er Beamte als resistenten Faktor in der politischen Struktur. Die Beamtenschaft stelle ein fachliches

ches Kontinuum dar, mit dem der Staat sorgsam und pfleglich umgehen müsse.

- Bei Auseinandersetzungen mit dem Dienstherrn sind Beamte auf die Verwaltungsgerichte als nötiges Korrektiv für Entscheidungen des Dienstherrn angewiesen.
- Die Alimentation der Beamten geschieht aus gutem Grund in einer Engführung mit den Tarifabschlüssen, denn sie garantiert die Einheit des öffentlichen Dienstes. So ist die Übertragung von Tarifabschlüssen auf die Besoldung der Beamten Ausdruck der Pflicht des Dienstherrn, Beamte an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben zu lassen.
- Bei der in § 98 der LBG-Novelle fixierten Mitwirkung gewerkschaftlicher Spitzenorganisationen ist besonders hervorzuheben, dass bei Gesetzesentwürfen die nicht berücksichtigten Vorschläge der Gewerkschaften dem Landtag zur Kenntnis zu geben sind. Dies führe zu einer besonderen Dynamik im System.

Im Anschluss an sein Referat stand Prof. Koch zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

In einer Abschlussrunde beantwortete Wolfgang Wünschel schul- und dienstrechtliche Fragen, die während des Fortbildungstages aufgekomen bzw. von den Teilnehmer eingebracht worden waren.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verließen das Heinrich-Pesch-Haus mit einem umfangreichen Paket Informationsmaterial, Gesetzesauszügen und Hilfen zum Umgang mit Verträgen für den Bereich der Beschäftigten.



VDR-Bezirksverband Neustadt wählt neuen Vorstand

Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung gefordert



Foto: wü

Die Bezirksversammlung des Realschullehrerverbandes (VDR) hat in einer Resolution die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte in der Sekundarstufe I gefordert. Durch die gesellschaftlichen Veränderungen und die Schulstrukturen sind die Belastungen ständig angestiegen, ohne dass sich die Rahmenbedingungen verbessert hätten.

Die durch rückläufige Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen seien bisher nur für die „Lieblingsprojekte“ der Landesregierung verwendet worden, aber nicht den Lehrkräften zu Gute gekommen. Der ständigen Zuweisung neuer Aufgaben müsste nun endlich auch eine Entlastung durch Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf maximal 24 Wochenstunden



Heike Frank: Lehrer am Limit Foto: wü

folgen. Nur so bleibe den Lehrkräften Zeit, den Erwartungen nach individueller Förderung und Betreuung annähernd gerecht zu werden.

Die VDR-Bezirksversammlung wählte Michael Eich (Annwei-

ler – 3. v. r.) zum neuen Vorsitzenden. Er löst Ralf Schaubhut ab, der aufgrund seines Wechsels zur Schulaufsicht (ADD Neustadt) nicht mehr kandidierte. Wiedergewählt wurden die 1. Stellvertreterin Tatjana Kuhn, der Schatzmeister Dr. Markus Müller (beide Mainz - rechts) sowie die Schriftführerin Ulrike Wedekind (Limburgerhof – 4. v. l.). Zum neuen 2. Stellvertreter wählten die Mitglieder Martin Radigk (Germersheim – 3. v. l.). Zu Kassenprüferinnen wurden erneut Monika Weis-Müller und Gisela Schmidt (beide Schifferstadt – links) gewählt.

Passend zu den verbandspolitischen Forderungen referierte die Autorin und The-



Der neu gewählte Bezirksvorstand

Foto: wü

rapeutin Heike Frank zum Thema „Lehrer am Limit“. Sie bestätigte die hohen Belastungen des Lehrerberufs und riet dazu, auch einmal „das 21. Zusatzamt“ abzulehnen,

wenn man sich dem nicht mehr gewachsen fühlt.



Wolfgang Häring

haering.wolfgang@vdr-rlp.de

Personalräte-Fortbildung VDR-Bezirksverband Koblenz:

Novellierung des Landesbeamtengesetzes, Änderungen im TV-L, Arbeits- und Gesundheitsschutz als Aufgabe des ÖPR

Zur Frühjahrsfortbildung hatte der Bezirksverband Koblenz ins Hotel Rosenhof nach Waldesch eingeladen.



Foto: Nicole Weiß-Urbach

Vor den Personalrätemitgliedern referierte Erwin Schneider zunächst über Änderungen im Tarifvertrag für Lehrkräfte im öffentlichen Dienst. Er erläuterte insbesondere die Eingruppierung beschäftigter Lehrkräfte und die Schwierigkeiten bei vorzunehmenden Höhergruppierungen. Er machte auch auf das Ungleichgewicht bei der Besoldung von Haupt- und Realschullehrern aufmerksam. Hanns Peters informierte im An-

schluss über die Novellierungen des Landesbeamtengesetzes, welches am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tritt. Er erläuterte die Novellierung beispielhaft an Hand der veränderten systematischen Gliederung im Bereich der Teilzeitbeschäftigung.

Über den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Lehrkräfte als zentralen Aufgabenbereich des ÖPR resümierte Wilfried Rausch. Er informierte detailliert über die breit gefächerten Inhalte und über den Rechtsrahmen dieses wichtigen Aufgabengebietes, der sich in Rheinland-Pfalz durch gesetzgebende Sonderregelungen auszeichnet. Er stellte auch die Arbeitsbereiche des Instituts für Lehrergesundheit in Mainz (IfL) vor, das unter anderem bei einer Beratung von Lehrkräften oder bei einer Gefährdungsbeurteilung im Schulbereich zu Rate gezogen werden kann. Neben den genannten thematischen Schwerpunkten, die die Hauptvorträge bestimmten, blieb den anwesenden Personalratsmitgliedern ausreichend Zeit, ihre Fragen zum Schulalltag zu stellen und aktuelle Probleme zu diskutieren.

Der Bezirksvorstandsvorsitzende von Koblenz, Timo Lichtenthäler, rundete den Schulungstag mit einer übersichtlichen Gliederung der Aufgaben des ÖPR über das Jahr ab.



Nicole Weiß-Urbach

weiß-urbach.nicole@vdr-rlp.de

Personalräte-Fortbildung VDR-Bezirksverband Trier

Gliederungspläne und ÖPR-Arbeit im Jahreslauf

Schwerpunktmäßig ging es bei der Frühjahrstagung in Mertesdorf um die vorläufigen Gliederungspläne, Neuerungen im TV-L, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Arbeit des ÖPR im Jahreslauf.

Auch die ab 1. Juli 2012 in Kraft tretende Novellierung des Landesbeamtengesetzes wurde thematisiert. Erwin Schneider, Hanns Peters und Wolfgang Seebach informierten zu den einzelnen Themen. Die Tagung orientierte sich am Informationsbedarf der anwesenden örtlichen Personalräte und natürlich an gegenwärtig anstehenden Aufgaben. Nicht zu kurz kamen auch die Gespräche und der Erfahrungsaustausch untereinander. Zwischenzeitlich galt es viele Fragen zu beantworten und es entwickelten sich interessante Diskussionen. Damit die Veranstaltung auch nachhaltig wirken konnte, erhielten die Teilnehmer den Themen entsprechendes Informationsmaterial.



Foto: Wolfgang Seebach

Stabwechsel im VDR-Bezirksvorstand Trier

Die Herausforderungen sind nach wie vor groß

Der Bezirksvorstand Trier ist für die anstehenden Aufgaben gerüstet. Die Bezirksversammlung wählte in Longuich unter der bewährten Leitung von Jürgen Nisius einen neuen Vorstand, in dem sich Erfahrung mit jugendlichem Elan verbindet. Landesvorsitzender Bernd Karst informierte in einer programmatischen Rede über die Verbandspolitik und die bildungspolitischen und dienstrechtlichen Herausforderungen der kommenden Jahre.

Rückblick und Dank

In seinem Tätigkeitsbericht schilderte der aus seinem Amt ausscheidende Bezirksvorsitzende Hanns Peters die Schwierigkeiten und die Bedingungen der vergangenen Jahre. Gerade zu Beginn der Schulstrukturänderung war die Gemengelage noch unklar. Entsprechend waren viele Gespräche auf (kommunal-)politischer Ebene zu führen. Gesprochen wurde zudem mit den Kammern, Abgeordneten des Bezirks und den für die Realschule plus zuständigen Schulaufsichtsbeamten. Daneben richteten sich die Aktivitäten natürlich auf die Mitglieder des Bezirks und auf die Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand. Auch nach den Jahren des Umbruchs sind die Herausforderungen nach wie vor groß – die Schulen müssen nun auch innerlich zusammenwachsen.

Weitere Großprojekte stehen an: so z. B. die Inklusion. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre wäre es nun absolut geboten, wenn sich im Ministerium endlich auch die Einsicht durchsetzt, dass Maßnahmen dieser Dimension nicht nur auf dem Rücken der ohnehin sehr stark belasteten Lehrkräfte, vor allem an den Fusionsschulen, ausgetragen werden dürfen. Ohne flankierende Maßnahmen im Vorfeld (Schulung und Fortbildung der Lehrkräfte) und eine ausreichende Personalzuweisung wird das Vorhaben zu einer Zumutung für alle Beteiligten. Hanns Peters dankte den Mitgliedern des ausscheidenden Vorstands – Ingrid Pazen, Wolfgang Seebach und Nina Lauer – für

die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Sie werden sich künftig im erweiterten Bezirksvorstand einbringen.

Der Landesvorsitzende dankte Hanns Peters und seinem Vorstand für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit. Elmar Kießling, Gerhard Klein, Birgitt Maczuck und Ingrid Pazen skizzierten Stationen der Tätigkeit von Hanns Peters im Bezirksverband in zwei Jahrzehnten. Nach dem Bericht der Kassensprüfer (Klaus Feres) und der Entlastung des Vorstands erfolgte die Neuwahl.

Der neue Vorstand



Gewählt wurde als neuer Bezirksvorsitzender Erwin Schneider (2. v. l.). Stellvertretende Bezirksvorsitzende sind künftig Katharina Becker (links) und Peter Quint (2. v.r.). Holger Schwab (rechts) betreut als Bezirksschatzmeister in den kommenden Jahren die Finanzen des Bezirks. Bezirksschriftführerin ist Melanie Immig (fehlt auf dem Foto).

Foto: Wolfgang Seebach

In seiner Antrittsrede als neuer Bezirksvorsitzender umriss Erwin Schneider die Vorstellungen des neuen Vorstands. Hauptaufgaben werden u. a. sein, die Arbeit des Geschäftsführenden Landesvorstandes zu unterstützen und mehr Gesprächsangebote an den Schulen vorzuhalten.



Hanns Peters

peters.hanns@vdr-rlp.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

Verband Deutscher Realschullehrer
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich
Landeskassierer Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faidt

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: landeskassierer@vdr-rlp.de

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

Straße PLZ Wohnort Telefon / Telefax / Mobil-Nr.

Dienstbezeichnung Schule/Dienststelle Prüfungsfächer

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe ☐ A16 ☐ A15 ☐ A14 ☐ A13 ☐ A12 ☐ TV-L ...

☐ Ich bin vollbeschäftigt ☐ Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ____ Wochenstunden

☐ Ich bin Lehramtsanwärter/in ☐ Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e.V.

Mein Eintritt soll zum 1. ____ 20__ erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Landeskassierer widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u.g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o.g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

Ort Datum Unterschrift

Die VDR-Beitrittserklärung finden Sie auch auf der VDR-Homepage unter: www.realschule-vdr.de

VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55% vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Ab 01.04.2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag
Beamte	A 16		15,50 €
	A 15		14,50 €
	A 14		13,00 €
	A 13		12,00 €
	A 12	oder darunter	11,00 €
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,00 €
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,00 €
	A12/A13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,00 €
	Lehramtsanwärter		3,00 €
	Pensionäre		6,00 €
Angestellte	Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte	6,00 €
	TV-L	Vollbeschäftigung	10,00 €
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,00 €
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,00 €
	Rentner		6,00 €

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich.

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 – 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepartner (ein Vollzahler + 6 €).

Mitglieder in Altersteilzeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes vom 19.05.2011 wurde der Beitrag für Lehramtsanwärter bei Eintritt ab 01.02.2012 auf den ermäßigten Beitragssatz von 3 € festgelegt.

Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlichen Daten

Christiane Lehmann zum Abschied:

Fünfzehn Jahre „klare Kante“



Foto: wü

Die Herausgabe einer Zeitschrift und die Führung ihrer Redaktion ist ein hochgradig komplexes und an Überraschungen zumeist reiches Geschäft. Wer mit diesem Metier zu tun hat, kennt dessen Sorgen und Nöte. Da kommt am Tage des Andrucks noch ein wichtiger Artikel herein, da ändert sich durch einen Landtagsbeschluss die Geschäftsgrundlage der schon gesetzten Titelgeschichte oder der fest zugesagte Beitrag eines Autors lässt auf sich warten.

Christiane Lehmann hat als langjährige Chefredakteurin der VDR-Zeitschrift „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ in ihrem Verband ein bun-

desweit beachtetes und geschätztes Publikationsorgan geschaffen.

Seit mehr als fünfzehn Jahren zeigt Christiane Lehmann ein Gespür für die wichtigen Themen der Bildungspolitik, verfasst regelmäßig eigene Beiträge und hat ein Händchen für ein ansprechendes Layout.

Beim genaueren Hinsehen überzeugen die klaren Strukturen der Formate, in denen die Zeitschrift über Bildungspolitik, schulische Praxis, Lehrerergesundheit oder die Aktivitäten von Verbandsuntergliederungen berichtet.

Schließlich beeindrucken Christiane Lehmanns Beiträge selbst. Da zeigt sie schnör-

kellos „klare Kante“, wenn sie zum Beispiel die Anhänger flacher Schulhierarchien, wie im Vorfeld der Landtagswahlen 2011 geschehen, wie folgt zurechtweist: „Die größte Ungerechtigkeit im Bildungssystem ist nicht die Notengebung, sondern ein Gleichstellungszwang. Chancengerechtigkeit bedeutet nicht Chancengleichmacherei. Die Schwachen in den Blick zu nehmen und die Talentierten zu vernachlässigen, kann nur eine Niveausenkung zur Folge haben.“

Nicht nur der VDR in Rheinland-Pfalz ist Christiane Lehmann für die vielen Jahre ihrer Tätigkeit dankbar, auch bei ihren Kollegen und Kolleginnen in den anderen VDR-Lan-

desverbänden und in der Redaktion der Bundeszeitschrift steht sie nach wie vor in hohem Ansehen. Bei überregionalen Treffen und Presseseminaren wurde ihre Zeitschrift als vorbildlich gelobt, wurde gern auf ihre Vorschläge und ihren Rat gehört.

Wer Christiane Lehmann näher kennt, weiß auch, dass sie den neuen Chefredakteur mit Rat und Tat bei der Einarbeitung unterstützen wird, verbunden durch ein Motto, wie es Victor Hugo einmal geprägt hat: „In einer Zeitung schreiben heißt, die Menschen vor sich sehen, die sie lesen sollen.“

*Karlheinz Kaden, Schriftleiter
„Reale Bildung in Deutschland“*



► LESERBRIEFE

An die Chefredakteurin Christiane Lehmann

Liebe Christiane, im letzten Heft habe ich gelesen, dass du die Schriftleitung unserer RiRP aufgeben willst. Das kann doch nicht wahr sein! Wer schreibt denn in Zukunft so interessante und zutreffende Editorials? Wer bürgt in Zukunft denn für ein so hervorragendes Presseorgan, wie du das jahrelang fertig gebracht hast? Sicher hast du deine Gründe für diesen Entschluss, so

sehr er auch zu bedauern ist. 15 Jahre lang ein Presseorgan in solcher Qualität herauszugeben ist wahrlich eine Meisterleistung und gebietet volle Hochachtung. Dafür jedenfalls herzlichsten Dank und für die zeitschriftenfreie Zeit alles, alles Gute. Das wünscht dir mit herzlichsten Grüßen

Günter Jung
Idar-Oberstein

Liebe Christiane Lehmann, obgleich wir so viele Jahre zusammenarbeiteten, entdeckte ich bis zuletzt in jeder Ausgabe neue Aspekte Deiner Tätigkeit, die die Qualität unserer, besser: Deiner Verbandszeitschrift ausmachten. Fasziniert war ich immer wieder von Deiner Detail- und Symbolgenauigkeit („Mit der Farbe Cyan werden nur spezielle VDR-Texte hervorgehoben“) sowie

von Deinem sprachlichen Schliff und der typografischen Regelsicherheit („Ein Bindestrich ist etwas ganz anderes als ein Gedankenstrich“). Es ist beruhigend, dass Du uns bei Bedarf als Beraterin auch künftig zur Verfügung stehen wirst.

Wolfgang Wünschel
Hainfeld

Über zwei Drittel der Zeit der Wirksamkeit von Frau Lehmann als Schriftleiterin lebe ich in Pension. Es ist erstaunlich, wie schnell man den Schulalltag hinter sich lässt. Aber die Situation von Schule holt mich immer

wieder sehr intensiv ein, wenn eine neue VDR-Mitteilung vor mir liegt. Unsere Zeitschrift orientiert sehr kompakt und anspruchsvoll über Vorgänge in Schule – Wissenschaft – Schulpolitik und Gesellschaft. Und

dieses aus dem Blickwinkel des Realschulprofils und unserer Qualifikation. Vielen Dank, Frau Kollegin Lehmann!

Hartmut Hauck
Heidelberg

Der Bezirksvorstand Koblenz sagt Günter Jung Danke

Günter Jung: Abschied aus dem erweiterten Bezirksvorstand Koblenz



Günter Jung: Stets konstruktive Kritik

Foto: Karin Berneburg

Eine lange VDR-aktive Zeit ist vergangen: Günter Jung, der seit Mai 1965 Mitglied des VDR ist und

in diesen 47 Jahren viele Ämter ausgefüllt hat, verabschiedet sich bei der letzten Vorstandssitzung des Bezirks Koblenz nun endgültig.

Was zeichnete Günter Jung nun im Besonderen aus?

Als Lehrer und Konrektor an der Realschule Idar-Oberstein hatte er das Amt des VDR-Delegierten von 1971 bis 2000 inne. Er war Mitglied des Bezirksvorstands Koblenz seit 1982 und von 1987 bis 2000 war er stellvertretender Vorsitzender. In dieser Zeit erstellte er mit den ehemaligen Landesvorsitzenden Klaus-Peter Wyrwoll und

Hans Thielen die VDR-Satzung und Wahlordnung. Mit Gunhild Schulte-Wissermann und Christiane Lehmann entwickelte er 1995 den ersten Delegiertenleitfaden, der den Delegierten an den Schulen große Unterstützung in der Arbeit vor Ort bot. Ab November 1985 betreute er die Pensionäre des Bezirks, und obwohl er am 1. August 2000 selbst pensioniert wurde, begleitete er dieses Amt noch bis zum 31. Dezember 2007. Mehrfach agierte er als Kassenprüfer sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene. Als außerordentliches Mitglied nahm Günter Jung bis Mai 2012 weiterhin regelmäßig an den Vorstandssitzungen teil. Günter Jung erlebte in seiner aktiven Zeit sieben Bezirks- und Landesvorsitzende.

Nun sagt der Bezirksvorstand Koblenz Danke:

... für die ehrenamtliche Arbeit, die er in verschiedenen Funktionen geleistet hat. **Danke:** ... für die konstruktive Kritik. **Danke:** ... für die Zeit, die er dem Verband zu Verfügung gestellt hat. Günter Jung wird uns in den Sitzungen fehlen. Wir wünschen ihm für seine sitzungsfreie Zeit alles Gute.



Margit Lenarz

lenarz.margit@vdr-rlp.de



Foto: www.fotolia.de

Bezirk Neustadt

88. Geburtstag

Martha Hollinger
Pirmasens 22. April

87. Geburtstag

Helmut Schnell
Wörrstadt 9. Juni

85. Geburtstag

Joachim Diery, Waldfisch-
bach-Burgalbe 14. April

80. Geburtstag

Erwin Forster
Herxheim 12. Juni

Richard Scherer
Zweibrücken 5. April

79. Geburtstag

Helmut Schwahn
Mainz 28. Juni

78. Geburtstag

Helmar Stoppelkamm
Niedernhausen 18. Mai

77. Geburtstag

Karl Gerd Scheidt
Neustadt 19. April

76. Geburtstag

Günter Ableiter
Speyer 8. Mai

Werner Brandt
Bingen 17. Mai

Bernhard Geppert
Ingelheim 12. Juni

Ignaz Hampel
Rockenhausen 1. Mai

74. Geburtstag

Alfred Lützel
Ludwigshafen 2. Juni

73. Geburtstag

Hartmut Hauck
Heidelberg 21. Juni

Gerhard Kaufmann
Landau 17. Mai

Brigitte Minarech
Frankenthal 10. April

Mechthild Töpfer
Höxter 1. April

72. Geburtstag

Walter Döring
Eisenberg 16. Mai

Paul Groß
Kirchberg 29. Juni

Siegrun Wipfler-Pohl
Speyer 19. Juni

71. Geburtstag

Horst Jurczyk
Heidesheim 12. April

Ingrid König
Mainz 15. Juni

Manfred Merz
Mainz 26. April

70. Geburtstag

Gerlinde Krauß
St. Martin 11. Juni

Klaus Müller
Bad Dürkheim 30. Mai

Bezirk Koblenz

85. Geburtstag

Helmut Rohrbach
Linz 26. Mai

79. Geburtstag

Herbert Simons, Bad Neu-
enahr-Ahrweiler 13. April

78. Geburtstag

Herbert Flögel
Montabaur 28. April

76. Geburtstag

Volker Christ, Bad Neu-
enahr-Ahrweiler 23. Juni

Dr. Wolfgang Schaefer
Diez 24. April

75. Geburtstag

Rudolf Lamerz
Horhausen 28. April

Hannelore Mannheim
Mülheim-Kärlich 16. April

74. Geburtstag

Hubert Heinrichs
Koblenz 13. Mai

73. Geburtstag

Lothar Bellinger
Emmelshausen 26. Mai

Christa Henrich
Mülheim-Kärlich 30. April

Günter Jung
Idar-Oberstein 26. Mai

72. Geburtstag

Paul Groß
Kirchberg 29. Juni

Horst Neumeyer
Hoehn 2. April

71. Geburtstag

Marlene Breil
Remagen 22. April

Brigitte Burth
Montabaur 1. April

Horst Gerber
Meddersheim 16. April

Helmut Schlachab
Freusburg 12. Mai

Bezirk Trier

85. Geburtstag

Günther Faber
Konz 3. April

74. Geburtstag

Bruno Thomas
Prüm 19. Mai

73. Geburtstag

Josef Braun
Irsch 12. April

Hartmut Guckert
St. Ingbert 10. April

Dieter Westhäusler
Hillesheim 16. April

Rainer Graupner
Traben Trarbach 19. Juni

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.



„KlarText“ ist eine neue Kolumne, in der zu aktuellen oder auch grundsätzlichen bildungspolitischen Fragen Stellung bezogen wird. Die wichtigste Ansprechpartnerin in Sachen Bildungspolitik ist Bildungsministerin Doris Ahnen. Sie ist die erste Adressatin der neuen KlarText-Kolumne.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

mich treibt die Sorge um, ein Missverständnis könnte zwischen Ihnen und den Kolleginnen und Kollegen der Realschulen plus sowie der Integrierten Gesamtschulen stehen oder gar stehen bleiben. Das wäre schade.

Sie erinnern sich bestimmt an unsere VDR-Hauptversammlung in Ingelheim. Unser Vorsitzender hat Sie dort mit unseren Forderungen konfrontiert: Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Stunden, Reduzierung der Klassenmessenzen, mehr Schulsozialarbeiter, verbesserte Fortbildungsangebote und einiges mehr.

Sie erinnern sich auch an den Unmut, der deutlich vernehmbar war, als Sie von vornherein betonten, Sie und wir, unsere Forderungen und Ihre Vorstellungen kämen wohl kaum zusammen.

Und darauf erfolgte das Missverständnis: Sie kamen zu der Schlussfolgerung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen von Ihnen forderten, die Schulstrukturreform rückgängig zu machen.

Dem ist nicht so, Frau Ministerin. Darauf ist die Verstimmung der Zuhörer in Ingelheim nicht zurückzuführen. Die Kolleginnen und Kollegen murrten, weil die Strukturreform auch eine Arbeitsplatzreform nach sich ziehen muss. Sie murrten, weil sich ihre Ministerin anscheinend nicht mit den Forderungen der Versammlung auseinandersetzen wollte, die Grundvoraussetzungen für erfolgreiches Erziehen und Unterrichten sind.

KlarText: Wenn wir in Rheinland-Pfalz allen unseren Kindern in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen gerecht werden wollen, wenn qualitativ hochwertiger Unterricht auch weiterhin möglich sein soll, dann müssen substantielle Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen erfolgen.

Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie sich auf Dauer hinter einem Missverständnis verschanzen wollen.

Freundliche Grüße



Impressionen

Hauptversammlung 2012

